Nr. 209. **Halle (Saale), Dienstag, den 7. September 1915.** **26. Jahrg.**

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche **Bezugspreis** beträgt 70 Pf. frei ins Haus. Durch die Post gleichfalls 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt“ (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 42/44. Fernsprecher 838. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 7. September 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei einem erfolgreichen Minenangriff gegen eine feindliche Sappe nördlich von Dixmuiden wurden einige Belgier gefangen genommen und ein Maschinengewehr erbeutet. — Nördlich von Souchez wurde ein schwacher feindlicher Handgranatenangriff abgewiesen. Ein französischer Vorstoß bei Sondernach in den Vogesen scheiterte. — Lebhafte Feuerkämpfe entwickelten sich in der Champagne sowie zwischen Maas und Mosel.

Bei einem feindlichen Fliegerangriff auf Lichtervelde (nördlich von Roulers, in Westflandern) wurden sieben belgische Einwohner getötet, zwei schwer verletzt. — Deutsche Kampfflieger brachten ein feindliches Flugzeug über Cappel (südöstlich von St. Avold) zum Absturz. Die Insassen sind tot.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Die gestern auf Daudsewas (südöstlich von Friedrichstadt) vorstoßende Kavallerie brachte 790 russische Gefangene und 5 Maschinengewehre ein.

Oestlich und südöstlich von Grodno hat der Feind von westlich Skidel bis Wolkowysk Front gemacht. In hartnäckigen Kämpfen sind unsere Truppen im Vordringen über die Abschnitte der Pyra und Kotra. Zwischen dem Njemen und Wolkowysk gewann die Armee des Generals v. Gallwitz an einzelnen Stellen durch nächtlichen Ueberfall das Ostufer des Rozana-Abschnitts. Es sind über 1000 Gefangene gemacht.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Auch südöstlich von Wolkowysk bis zum Waldgebiet südlich von Grotana (40 Kilometer südöstlich von Slonim) nimmt der cFnid erneut den Kampf an. Der Angriff der Heeresgruppe ist im Fortschreiten.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Der Gegner ist aus seinen Stellungen bei Chomsk und Drohiczyn geworfen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Der Kampf um den Sereth-Abschnitt dauert an.

*

Bericht des österreichischen Generalstabes.

Wien, 6. September. An der bessarabischen Grenze und östlich der Serethmündung wiederholten die Russen gestern ihre heftigen Gegenangriffe. Der Feind wurde überall zurückgeworfen und erlitt große Verluste. — An der Serethfront und an unseren Linien östlich von Brody und westlich von Dubno ließ die heftige Tätigkeit im Vergleiche zu den starken Kämpfen der Vortage etwas nach. In der Gegend von Tarnopol wurde den Russen eine verschanzte Ortschaft entrissen. — Unsere östlich von Luck vordringenden Truppen haben nördlich von Olyka unter den schwierigsten Verhältnissen die versumpfte, überschwemmte Putylowka-Niederung im Angriff überschritten. — Die an der oberen Jasiolka kämpfenden k. u. k. Streitkräfte warfen den Gegner aus seinen letzten Verschanzungen südwärts des Flusses heraus und gewannen an mehreren Stellen das nördliche Ufer.

*

Englischer Kreuzer versenkt.

Deutsches U-Boot verloren.

Berlin, 6. September. Der deutsche Admiralstab meldet: Laut Meldung eines unserer Unterseeboote, das mit dem Unterseeboot U 27 auf See zusammengetroffen ist, hat letzteres Boot etwa am 10. August einen älteren englischen kleinen Kreuzer westlich der Hebriden versenkt. U 27 selbst ist nicht zurückgekehrt; da es seit längerer Zeit in See ist, muß mit seinem Verlust gerechnet werden.

Am 18. August, 7 Uhr nachmittags, ist wiederum ein deutsches Unterseeboot von einem englischen Passagierdampfer mit Geschützen beschossen worden. Das Unterseeboot hatte versucht, den im Bristol-Kanal angetroffenen Dampfer durch einen Warnungsschuß zum Anhalten zu bringen.

Die Torpedierung der Hesperian.

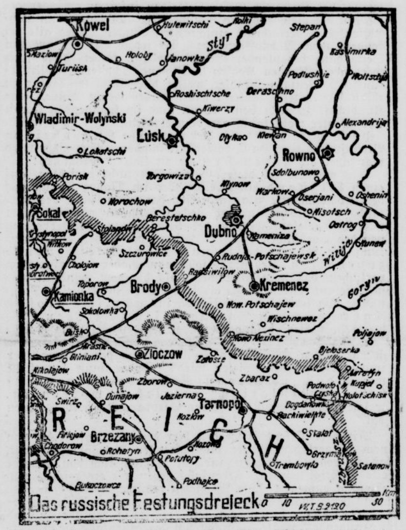
Die letzten Meldungen bestätigen, daß der englische Passagierdampfer **Hesperian** bei seiner Ausreise nach Amerika torpediert und gesunken ist. Unter den 314 Passagieren befanden sich Major **Barros**, 12 Offiziere und 35 Mann eines kanadischen Bataillons, die alle verwundet waren und zur **Wiederherstellung ihrer Gesundheit nach Kanada zurückkehrten. Die Frauen und Kinder wurden zuerst in die Rettungsboote gebracht, so daß angeblich alle Reisenden gerettet werden konnten.** Amerikaner sollen nicht auf dem Schiffe gewesen sein.

Aus Amerika wird gemeldet, daß die Regierung erst genauere Nachrichten abwarte, daß aber diese neueste Vernichtung eines Passagierschiffes die Lage wieder ungünstig beeinflußt habe.

Englische Friedensbedingungen. Der Herausgeber des Arbeiterblattes **Indepedent** hat sich an die Minister Asquith, Selborne, Carson und Long mit der Frage gewendet, ob sie sich mit der Aeußerung Lloyd Georges einverstanden erklärten, daß kein Engländer von Frieden träumen würde, **so lange sich nur ein einziger deutscher Soldat auf französischem oder belgischem Boden befände.** Die Minister gaben zur Antwort, daß sie diese Aeußerung unterschrieben.

Die russische Gegenoffensive in Bessarabien.

Während in Kurland und an der Njemen-Linie ein Nachlassen der Kämpfe zu bemerken ist, an den übrigen Teilen der Front die Verfolgung der Russen ihren Fortgang nimmt, wird von dem wolhynischen und bessarabischen Kampfplatze weiter von erbitterten Kämpfen berichtet. Die Russen unternahmen hier, um ihren bessarabischen Südflügel zu sichern, wiederholte starke Gegenangriffe, die jedoch meist im österreichischen Feuer erstickten und mit großen Verlusten verbunden waren. Die russische Front wurde sogar vielfach durchrissen, namentlich im Raume von Okna sind mehrere



feindliche Positionen erstürmt. Der Okna-Abschnitt ist hier der Drehpunkt der Kämpfe. Oesterreichisch-ungarische Truppen haben bei Wassilel die Russen unter schweren Verlusten zurückgeworfen.

Daß die Russen so große Anstrengungen auf dem südlichen Teile der Front machen, um sich zu behaupten, führt der Militärkritiker des Berner Bund, Stegmann, darauf zurück, daß sich hier auch für später noch gewisse Offensivmöglichkeiten für sie ergeben, vorausgesetzt, daß sie Kiew zu halten vermögen. Im Norden flankiert das deutsche Heer, wenn es einmal Riga und den Meerbusen beherrscht, jede Offensive, die aus dem Innern wieder nach Westen strebt, und zwingt sie zu Operationen mit halbverwandter Front. Im Süden dagegen bleiben den Russen die Verbindungen nach Osten und Süden gesichert und mögen sie auf rascheren Zufluß an Kriegsmaterial hoffen, wenn die von ihnen und ihren Verbündeten erstrebte Forcierung der Dardanellen gelungen sein sollte. Um so fataler ist daher für sie, daß ihr wolhynisches Festungsdreieck, das ihnen beim Aufmarsch im August 1914 so gute Dienste leistete, nun bereits aufgebrochen ist; wiederum durch Flankenangriff unter Umgehung der Hauptverteidigungsfront." —

Stegmann hält die Räumung auch des letzten, durch die Russen noch besetzten Teiles von Ostgalizien für unmittelbar bevorstehend.

Die Kriegsbeute von Brest-Litowsk, von dem man glaubte, daß es der russischen Verwüstungstaktik ganz zum Opfer gefallen sei, ist doch immerhin noch erheblich. Die großen Magazine sind, dem Budapester Az Est zufolge, teilweise vom Verderben verschont geblieben. In ihnen sind große Mengen Fleisch, Konserven, Reis, Mehl und Sago aufgestapelt. Ferner wurden große Mengen zerlegbarer Oefen zum Heizen der Schützengräben erbeutet. Offenbar konnten die Russen nicht alles vernichten, da sie anscheinend nicht mit einem so raschen Fall der Festung rechneten.

Massenverhaftungen jugendlicher Flüchtlinge.

Eine Interpellation der russischen Sozialdemokraten an den Handels- und den Kriegsminister verlangt, wie Rußkoje Slowo vom 25. August meldet, Aufklärung über „schreiende Unordnungen in der Evakuation der Industriearbeiter, wodurch diese in eine hoffnungslose Lage geraden sind. Sind Maßnahmen getroffen, um ihnen Ersatz ihrer Verluste und Arbeit zu verschaffen"? Bei der Räumung Polens sind Tausende Minderjähriger und Kinder aus unbekannten Gründen verhaftet und von ihren Eltern weggerissen worden: so Pfadfinder, Mitglieder von Turnvereinen, Schüler und Schülerinnen polnischer Schulen. Kinder von zwölf Jahren wurden, oft in größter Eile, von der Polizei unter Bedeckung abgeführt. Mehrere Hundert solche Jugendliche sind in den Petersburger Gefängnissen, andere in Moskau, Twer usw. Die Partei richtei daber an die Minister des Innern und der Justiz die Anfrage:

„Sollen die Kinder in den Gefängnissen bleiben, und sind Maßnahmen getroffen worden zu ihrer sofortigen Freilassung, **sowie der anderen unter obigen Verhältnissen in den Städten** Polens Verhafteten, die jetzt noch ohne jeden Grund in Haft sitzen?"

Friedensbestrebungen in den französischen Gewerkschaften.

Einer Gewerkschaftskonferenz, die am 15. August in Paris tagte, wurde vom Delegierten des Metallarbeiterverbandes, Merrheim, und vom Delegierten des Küferverbandes Bourderon eine Resolution unterbreitet, die nach langer Diskussion gegenüber der Resolution von Jouhaux unterlag. Aber für die Merrheimsche Resolution sprachen sich nicht weniger als 27 Organisationen aus, darunter die Gewerkschaftsorganisationen mehrerer großer Städte.

Die Resolution erklärt sich entschieden und scharf gegen den Krieg, der nicht Sache der Arbeiter sein könne. Während der Krieg nur dem Zwecke diene, die Arbeiterschaft noch mehr unter die Botmäßigkeit der Herrschenden zu bringen, und den internationalen Völkerhaß im Interesse des Kapitalismus zu steigern, verstand es die kapitalistische Bourgeoisie, vermittels des Krieges ungeheure Profite zu machen. Weit entfernt von dem, was man stets glauben zu machen versuche, sei dieser Krieg nur das Resultat des agressiven nationalen Imperialismus, der alle Staaten ergriffen habe, und der entstanden sei durch die überspannte Ehrfurcht und das egoistische Klasseninteresse der Herrschenden. Daß nun das Blut der Arbeiter seit mehr als einem Jahre fließe, sei unleugbar die Schuld aller Regierungen. Nach dem Krieg werde es wieder das städtische und ländliche Proletariat sein, das die ungeheuren Folgen dieses Krieges zu tragen haben werde.

Die Resolution verlangt dann von der nationalen Konferenz, daß sie einen dringenden Appell an das Gewissen und die Vernunft des französischen Proletariats, wie an die gesamte Internationale erlasse, indem sie ihnen zurufen soll: Nun ist es genug!

Schließlich sollte nach der Resolution die Konferenz beschließen, daß die Confédération General Travail mithelfen sollte, bei jeder proletarischen Aktion zugunsten des Friedens speziell auf folgenden Grundlagen:

Englische Gewerkschaften gegen deutschen Militarismus

London, 6. September. (Reuter.) Bei Eröffnung des Gewerkschaftskongresses in Bristol erklärte der Vorsitzende, ein Unterhausmitglied, die britischen Arbeiter beständen darauf, **daß Belgien den Belgiern zurückgegeben werde,** ehe der Frieden geschlossen würde. **Der preußische Militarismus mit seinem nachweisbaren Raub und seiner Grausamkeit müsse vernichtet werden.** (W. T. B.)

Die Schweiz in Gefahr?

Basel, 6. September. Die Nationalzeitung meldet aus Genf, daß der Ueberwachungsdienst an der schweizerisch-französischen Grenze neuerdings bedeutend verschärft worden sei. Es verlautet, daß in den nächsten Tagen dreitausend französische Landsturmleute an die Grenze kommen werden, die dort auf der ganzen Linie aufgestellt werden sollen. Man glaubt, daß die französische Regierung dadurch das Desertieren nach der Schweiz verhindern will.

Andere Meldungen lauten freilich ganz anders. Joffre hat bekanntlich einen **Winterfeldzug am Rhein angekündigt. Dazu besagen schweizer Meldungen:**

„Die Belforter Lücke genügt nicht zum Aufmarsch eines Millionenheeres, wie es beim Zuzug der Italiener gedacht ist. Die Schweizer horchen auf, wenn sie von den Truppenmassen erfahren, die jetzt schon bei Delle zusammengezogen werden. Die Vorbereitungen jenseits des Jura sind niemand mehr ein Geheimnis. Beiläufig hört man selbst von Kanonenbooten, die zerlegt dort ankommen und in Basel montiert werden sollen, wenn man soweit ist, den Rhein zu beschreiten. Gleichzeitig gehen Gerüchte von italienischen Truppenbewegungen in der Tessiner Grenze, desgleichen von französischen Absichten in der Richtung über Genf. Man kann es den Schweizern nicht verargen, wenn sie auf der Hut sind angesichts der militärischen Lage des Vierverbandes, die zu verzweifelten Streichen reizt."

Wetterlés Ansicht.

Im Petit Parisien vom 31. August beschäftigt sich der frühere deutsche Reichstagsabgeordnete Wetterlé mit Friedensbedingungen, die Deutschland aufzuerlegen sind. Er schreibt nach einer Uebersetzung, die die Tägl. Rundschau bringt:

„Die Friedenssehnsucht Deutschlands ist bei all den Enttäuschungen, die es erlebt, begreiflich; man will eben retten, was zu retten ist. Handel und Industrie sollen im Hinblick auf die Zukunft möglichst wenig leiden. Die belgische und französische Industrie in den besetzten Gebietsteilen sind dadurch schwer geschädigt worden, daß die Deutschen planmäßig alle irgendwie brauchbaren Maschinen in die Heimat geschafft haben. Deutschland sagt sich, daß es, selbst wenn es eine hohe Kriegsentschädigung zahlen muß, doch einen gewaltigen Vorteil vor seinen Mitbewerbern voraus haben wird, denn diese werden zehn Jahre gebrauchen, um ihre Fabriken wieder in den alten Stand zu bringen, während in Deutschland dann Tag und Nacht gearbeitet werden wird. Deutschland wird einen gewaltigen Vorsprung gewinnen und sich die Herrschaft auf dem Weltmarkte sichern, so daß die Kriegsentschädigung bald verschmerzt sein und eine Fülle von Geld in das Land hineinströmen wird. So töricht werden aber die Verbündeten nicht sein, das zuzulassen. Es ist unbedingt nötig, daß Deutschland die gestohlenen Maschinen wieder herausgibt und außerdem mit deutschen Maschinen aushilft, denn alles muß wieder so, wie es war, instand gesetzt werden. Natürlich werden sich die Deutschen verzweifelt dagegen wehren, doch muß unbedingt darauf bestanden werden. Ebenso muß für jedes vernichtete französische oder englische Schiff ein entsprechendes deutsches Schiff zum Ersatz gestellt werden. Eine Geldentschädigung hat gar keinen Zweck; Deutschland kann ja dann die eigenen Landsleute, die Ersatz geben müssen, mit Geld abfinden."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219150907-15/fragment/page=0001
DFG

Eine neue englische Armee für die Dardanellen.

Wie die Basler Nationalzeitung aus Rom erfährt, planen **die Engländer, an den Dardanellen eine halbe Million Mann zu landen,** um den deutschen Plänen auf dem Balkan zu begegnen und **den Fall der Dardanellen zu beschleunigen.** Die fünf bereits gelandeten Divisionen seien der erste Teil der großen Landungsarmee.

Einschiffung italienischer Truppen. Der Corriere della Sera meldet den Erlaß strenger Vorschriften für die Schiffahrt und Fischerei im Golf von Tarent auf Grund von Truppentransporten nach dem östlichen Mittelmeer.

Das türkische Hauptquartier berichtet: An der Dardanellenfront nichts von Bedeutung. Der Feind beschoß in Zwischenpausen erfolglos mit seiner Land- und Schiffsartillerie unsere Stellungen von Anaforta und Sedd ul Bahr. Unsere Artillerie verursachte einen Brand in den Schützengräben und in den Artilleriestellungen des Feindes bei Anaforta.

Serbiens Antwort an den Vierverband.

Wie der Berichterstatter des B. T. aus Sofia mitteilt, ist erst jetzt bekannt geworden, daß die in Nisch residierenden Vertreter der Entente am 30. August bei Pasitsch vorsprachen und im Auftrag ihrer Regierungen erklärten, daß eine Antwort Serbiens mit irgendwelchen Einwendungen als Absicht Serbiens angesehen würde, die bisherigen Beziehungen zur Entente abzubrechen. Daraufhin gab Pasitsch seine Demission. Die Krise wurde erst am 1. September durch einen Kronrat in Kragujevac beigelegt, in welchem der endgültige Text der serbischen Note festgelegt wurde. Ultro erfährt über diese Antwortnote, daß sie sich auf die historischen Beziehungen zu Territorien berufe, welche an Bulgarien abgetreten werden sollen. Serbien erklärt, daß es bereits ein großes Opfer gebracht habe, indem es einen großen Teil mit Serben bevölkerten Gebietes an Italien abgetreten habe, was ein genügender Beweis für seine ehrliche Loyalität den Bundesgenossen gegenüber sei. Serbien verweist auch auf die Gefahr, welcher es sich durch die Entwicklung eines so starken Nachbars aussetze.

Andere Meldungen besagen, daß jetzt in Serbien verschiedene Personen von Ansehen, deren Zahl täglich größer wird, nicht abgeneigt sind, einen Sonderfriedenmit den Mittelmächten zu schließen, solange diese das serbische Königreich unangetastet fortbestehen lassen, unter Abtretung von Nord-Albanien an Serbien, womit es einen Hafen am Adriatischen Meer erhielte und unter Ueberlassung Mazedoniens an Bulgarien.

Die Reaktion in England.

Täglich werden jetzt Streiche der englischen Regierung gemeldet, die sich als Attentate auf die bisherige demokratische Freiheit herausstellen. Heute die folgenden:

Das Auswärtige Amt hat dem Delegierten der sozialistischen Partei Fairchild einen Auslandspaß zum Besuche der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Bern verweigert. — Am 1. September wurde in Manchester der Zeitungskorrespondent Theodor Sington zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er versucht hatte, an den in Boston erscheinenden Textile-World Record Artikel zu liefern, in denen er starke deutschfreundliche Sympathien zeigte und auf die Störung der guten Beziehungen zwischen England und Amerika berechnet gewesen seien. — Der Sozialist und Gewerkschafter A. Samms in Sheffield ist zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er in einer Unterredung mit einem verwundeten kanadischen Soldaten den Krieg mißbilligte. Hiermit nicht genug, kündigte ihm der Hauseigentümer die Wohnung, in der er auch einen kleinen Laden hatte, aus dessen Betrieb er den Lebensunterhalt zog. Die Vertreter der Sheffielder Gewerkschaften nahmen folgende Resolution an: „Das Gewerkschaftskartell mißbilligt die Handlungsweise des Herrn Samms und bedauert seine Indiskretion, aber es erhebt Einspruch gegen das brutale Urteil, das über ihn verhängt wurde, da es außer allem Verhältnis zu der verübten Tat steht."

Standrechtlich erschossene polnische Sozialdemokraten.

Der Pole Adamczewski, der als Freiwilliger in der französischen Armee in der Fremdenlegion diente, wurde, wie dem Berliner Lokalanzeiger aus Wien gemeldet wird, bei Courrench durch Urteil des französischen Feldgerichts zum Tode verurteilt und erschossen. Adamczewski war Sozialdemokrat. Er ließ sich durch die Agitation seiner französischen Genossen zum Eintritt als Freiwilliger in die Fremdenlegion verleiten. Eines Tages erhielt er mit einigen anderen den Befehl, die Fusilierung einiger Waffenbrüder und Genossen durchzuführen. Adamczewski warf den Karabiner weg, ging mit seinen acht Kameraden auf die Seite der Verurteilten und stellte sich in ihre Reihen. **Dafür wurden alle neun, unter ihnen der bekannte russische Sozialdemokrat Artomoszyn, an Ort und Stelle erschossen.**

Der Krieg mit Italien.

Der österreichische Heeresbericht meldet kurz: Während die Italiener gestern an der küstenländischen Front und in Kärnten im allgemeinen untätig verblieben, entwickelte sie im Gebiete des Kreuzbergsattels (südöstlich Innichen) nach längerer Pause eine heftige Artillerietätigkeit und versuchten dort an mehreren Punkten sich unseren Stellungen zu nähern. Zu Infanteriekämpfen ist es bisher nicht gekommen.

21 italienische Obersten abgesägt. Dem italienischen militärischen Amtsblatt zufolge sind gleichzeitig 21 Obersten zur Disposition gestellt worden.

Der Mailänder Stadtrat gegen die Regierung. Nach Meldungen aus Mailand hat der Stadtrat von Mailand eine Entschließung an die Regierung entsandt, worin er gegen die im Mai erfolgten deutschfeindlichen Kundgebungen und gegen eine passive Unterstützung durch die Polizeiorgane protestiert und sich für eine Schadloshaltung der durch Pöbelexzesse Geschädigten durch den italienischen Staat erklärt. Der Beschluß wurde im Stadtrat mit dreiviertel Mehrheit gefaßt.

Das militärische Zusammenwirken des Vierverbandes ist durch viele Zusammenkünfte der Führer gefördert worden. Jetzt wird berichtet, daß Joffre „vor Tage im italienischen Hauptquartier bei Cadorna weilte und die italienische Front besichtigte. Das läßt auf gemeinsames Vorgehen schließen.

Notizen.

Der Brief des Papstes an Wilson — eine Erfindung. Der katholische Corriere d'Italia erklärt sich ermächtigt zu der Feststellung, daß der Papst kein Handschreiben und keine Botschaft für den Frieden an den Präsidenten Wilson gesandt hat. Ueberhaupt habe der Papst seit der Ankündigung seiner Wahl zur Würde auf den Stuhl Petri niemals ein Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gerichtet.

Der Stadthauptmann von Petersburg ermordet. Nach Nachrichten aus Petersburg ist der Stadthauptmann von Petersburg am Donnerstag ermordet worden.

Farbige als französische Industriearbeiter. Dem Pariser Petit Journal zufolge ist eine Anzahl Eingeborener aus Annam, Tongking und Cochinchina nach Frankreich unterwegs, um in Flugzeug- und Munitionsfabriken beschäftigt zu werden. Die französische Regierung beabsichtigt, binnen drei Monaten 10 000 solcher Eingeborenen zu beschäftigen.

15 Jahre Kerker wegen Lieferung schlechter Schuhe. Vor dem Wiener Landwehr-Divisionsgericht hatte sich der Schuhhändler Adolf Neuron wegen Verbrechens gegen § 327 des österreichisch-ungarischen Militär-Strafgesetzbuches zu verantworten. Er hatte im vorigen Winter bei der Lieferung von Militärschuhen für ein ungarisches Regiment Schuhe geliefert, die bereits von der österreichischen Militärverwaltung als unbrauchbar zurückgewiesen worden waren. Der Gerichtshof versammte auf die hohe Strafe, ohne Milderungsgründe zuzulassen, obwohl der Angeklagte bisher unbescholten war, weil die Schuhe zur Wintersseit und zu einer Zeit geliefert wurden, wo Not an Schuhen herrschte, und weil es sich hier nicht nur um die Verletzung eines Rechtsgutes, nämlich das der Kriegsmacht, gehandelt habe, sondern auch um Verbrechen gegen die Gesundheit und die körperliche Sicherheit der Soldaten, endlich, weil das Delikt aus Eigennutz begangen wurde.

Die Kohlenfrage.

Eine der schlimmsten Kalamitäten wird in diesem Winter die Kohlennot sein. Was wir in der Beziehung zu gewärtigen haben, läßt sich ahnen, wenn man die nachstehenden Betrachtungen eines Fachmannes in der Köln. Volksztg. liest. Dieses Blatt schreibt in seiner Nummer 714 vom 1. September:

„Der lebhafte Begehr nach Brennstoffen aller Art, der sich schon in den jüngsten Monaten bemerkbar machte, ist infolge der beschlossenen, am 1. September in Kraft tretenden Preiserhöhung in stürmisches Drängen ausgeartet. Diesmal ist diese Erscheinung um so deutlicher aufgetreten, als die bevorstehende Preiserhöhung ganz bedeutend ist. In den Brennstoff verbrauchenden Kreisen ist man daher mehr denn je mit größtem Eifer bemüht, noch etliche Posten zu den alten, niedrigeren Preisen hereinzunehmen. Wir nähern uns ja bereits dem Herbst, in welcher Zeit der große Bedarf an Hausbrandkohlen zu decken ist. Früher konnte man mit Ruhe dem Herbst und Winter entgegensehen. Die Zechen sowohl, als auch die Verkaufsstellen und auch die Verbraucher konnten im Hochsommer, in welcher Zeit ja gewöhnlich der Bedarf an Brennstoffen auf geringes Maß beschränkt bleibt, reichliche Vorräte anlegen. Heute liegen aber die Verhältnisse entschieden anders. Die gesamte Erzeugung unserer Zechen wird vom Bedarf sofortaufgenommen, so daß von Ansammeln von Vorräten gar nicht die Rede sein kann. Selbst die Esse- und Magerkohlen-Zechen sind so beschäftigt, daß man bei ihnen nicht einmal Magerkeinkohlen, welche sonst sehr wenig gesucht sind, als Bestände vorfindet. Das Fehlen jeglicher Vorräte wird man daher in den nächsten Monaten noch bitterer empfinden als bisher. Nun ist allerdings der Verbrauch bei einzelnen Gewerbezweigen infolgen geringer geworden, als viele Fabriken ihre Betriebe aus Mangel an Rohstoffen ganz beträchtlich einschränken mußten. Dies gilt besonders vom Webstoffgewerbe. Da jedoch auf der anderen Seite ganz bedeutender Bedarf vorliegt, finden diese freiwerdenden Mengen Kohlen glatt ohne Schwierigkeit Unterkunft. Diejenigen Händler, welche diese Fabriken bisher zu ihren Abnehmern zählten, haben daher wenig Mühe, neue Kundschaft zu erwerben. Wenn auch im kommenden Herbst und Winter wohl kaum geradezu Kohlenmangel zu verzeichnen sein wird, so wird sich doch gewisse Knappheit an Brennstoffen fürs Haus bemerkbar machen. Noch mehr wird man aber die hohen Preise zu spüren bekommen!

Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, auf einen Mißstand hinzuweisen, der im Monat August auf dem Kohlenmarkte Platz gegriffen hat. Die Leiter des Verbands verschiedener großer Zechen bekamen nämlich sofort nach dem Bekanntwerden der beschlossenen Preiserhöhung von den Vorständen bzw. den Leitern der Zechen die Anweisung, die Brennstoffe nach Möglichkeit zurückzubehalten. Jedenfalls solle man es aber so einzurichten versuchen, daß man nicht mehr, als die vom Syndikat vorgeschriebene Beteiligung, erreiche. Der Zweck dieser Maßnahme lag natürlich lediglich darin, möglichst großen Nutzen aus den Erzeugnissen zu ziehen. Wo bleibt aber hier, besonders in der jetzigen Zeit, die Rücksichtnahme auf die Allgemeinheit, auf welche gerade in den Kreisen des Syndikats und der Zechenbesitzer immer wieder hingewiesen wird? Leider muß festgestellt werden, daß auch hier auf Kosten der Allgemeinheit „Spekulation" getrieben worden ist, welche großen Unwillen bei den Verbrauchern hervorgerufen hat."

Mit aller Offenheit werden hier dem Kohlensyndikat von einem bürgerlichen Blatte die schwersten Vorwürfe gemacht. Daß sie vollauf berechtigt sind, ist kürzlich auch von anderer Seite bestätigt worden. Jedenfalls gehen wir einer schlimmen Kohlennot entgegen. Die Anzeichen dafür machen sich bereits überall bemerkbar. Deshalb wird es mit eine der Aufgaben der Städteverwaltungen sein, rechtzeitig vorzubauen und für genügende Vorräte zu sorgen, um gegebenenfalls die minderbemittelte Bevölkerung ebenso mit Kohlen zu versorgen, wie das mit einer Reihe von Lebensmitteln geschieht. Wie wir hören, hat die Stadt Frankfurt auch bereits dahingehende Abmachungen mit den Kohlenhändlern getroffen. Auch in der Kriegsfürsorge wird die Frage in der nächsten Zeit zur Erörterung gelangen.

•

Zwangssyndikate für den Bergbau.

Die Bundesratsverordnung über die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau wird jetzt amtlich veröffentlicht. Nach dieser Verordnung wird der Reichskanzler ermächtigt, die Besitzer von Steinkohlenbergwerken und Braunkohlenbergwerken allgemein oder für bestimmte Bezirke oder für bestimmte Arten von Bergwerkserzeugnissen ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, denen die Regelung der Förderung sowie der Absatz der Bergwerkserzeugnisse der Gesellschaften obliegt.

Die wesentlichsten Bestimmungen der Verordnungen sind die folgenden:

Die allgemeinen Verkaufspreise für die Bergwerkserzeugnisse (Richtpreise) werden durch die Gesellschaftsversammlung festgesetzt. Die erstmalige Festsetzung bedarf der Zustimmung des Reichskanzlers, dem das Recht der Ermäßigung der beschlossenen Preise zusteht.

Anträge auf Erhöhung der festgesetzten Verkaufspreise bedürfen zur Annahme der Zustimmung von mehr als 70 vom Hundert aller Stimmen. Werden Anträge auf Ermäßigung der festgesetzten Verkaufspreise gegen eine Minderheit von mindestens 30 vom Hundert aller Stimmen abgelehnt, so entscheidet der Reichskanzler darüber, ob die Preisherabsetzung erfolgen soll.

Staatliche Bergwerke dürfen ihre Erzeugnisse an Verwaltungs- und Betriebsstellen des Reiches und der Bundesstaaten unmittelbar abtreten und sind hierbei hinsichtlich der Menge und des Preises Beschränkungen nicht unterworfen. Im übrigen genießen die staatlichen Bergwerke keine Vorzüge vor den nicht dem Staate gehörigen.

Die Gesellschaft untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler ist nach näherer Bestimmung der Satzung befugt, an den Versammlungen der Gesellschaftsorgane durch einen Vertreter mit beratender Stimme teilzunehmen. Der Vertreter kann Beschlüsse wegen Verletzung der Gesetze, der Satzung oder öffentlicher Interessen beanstanden.

Wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwider Bergwerkserzeugnisse der Gesellschaft nicht überläßt, wird unbeschadet der auf Grund der Satzung zu verhängenden Ordnungsstrafe mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark bestraft. Im Falle der Wiederholung nach vorangegangener Bestrafung kann außerdem auf Gefängnis bis zu sechs Monaten erkannt werden.

Ebenso wird bestraft, wer entgegen einer nach § 4, Abs. 2 übernommenen Verpflichtung unbefugt Bergwerkserzeugnisse weiter veräußert.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, die ihm auf Grund dieser Verordnung zustehenden Befugnisse der Landeszentralbehörde zu übertragen. Diese Uebertragung ist widerruflich.

Politische Uebersicht.

Schutzzöllnerische Pläne.

Die wirtschaftlichen Verbände, die dem Reichskanzler ein Annexionsprogramm überreicht haben, sind auch auf dem Gebiete der künftigen Gestaltung unserer Handelsbeziehungen bereits eifrig tätig. Nach welcher Richtung hin diese Tätigkeit zielt, das läßt ein Rundschreiben erkennen, das Herr v. Gerlach in der Welt am Montag veröffentlicht. Dieses sehr beachtenswerte Dokument geht von einer Vereinigung der verarbeitenden Industrie aus und hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 10. August 1915

An die angeschlossenen Vereine!

Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie hielt am 20. v. Mts. in Berlin eine handelspolitische Sitzung ab, in der über eine Reihe von Anträgen Beschluß gefaßt wurde, über die wenige Tage vorher zwischen Vertretern des Zentralverbandes deutscher Industrieller, des Bundes der Industriellen, des Bundes der Landwirte, der christlichen Bauernvereine und des Deutschen Bauernbundes unter Beitritt des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes eine Verständigung stattgefunden hatte.

Diese Anträge betrafen die Neuordnung unserer handelspolitischen Verhältnisse zu Frankreich und Rußland bei Friedensschluß, sowie unsere handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn. Zu den innerhalb dieses Rahmens gestellten Forderungen gehören unter anderen auch folgende:

a) Erhöhung verschiedener landwirtschaftlicher Zölle;

b) Einschränkung der Meistbegünstigungsklausel, fast bis zur völligen Preisgabe derselben;

c) Festlegung einer gegenseitigen deutsch-österreichischen Vorzugsbehandlung durch Erklärung einer größeren Anzahl der gegenwärtigen beiderseitigen Vertragszölle und Erhöhung dieser Vertrags zölle gegenüber allen anderen Staaten.

Diese Anträge wurden vom Kriegsausschuß der deutschen Industrie im allgemeinen gutgeheißen; es wurde aber ausdrücklich den einzelnen Fachvereinen anheimgegeben, etwaige Bedenken gegen diese Beschlüsse bei der Reichsregierung geltend zu machen.

Da der wirtschaftliche Ausschuß im Reichsamt des Innern bereits in der zweiten Woche des August zu einer Sitzung zusammentreten wird, die sich unter anderem auch mit der Frage einer wirtschaftlichen Annäherung Deutschlands an Oesterreich-Ungarn beschäftigen wird, hielten wir es für geboten, in einer Eingabe an das Reichsamt des Innern sofort gegen die oben erwähnten Beschlüsse Stellung zu nehmen, namentlich auf die Schädigungen hinzuweisen, die aus einer viele Waren umfassenden Tariferhöhung (nämlich so weit es sich nicht um Herkünfte aus Oesterreich-Ungarn handelt) und aus einer Erschwerung der Handelsvertragsverhandlungen (durch Vreisgabe der Meistbegünstigung usw.) für die Industrie entstehen würden. . . . ."

Die in diesem Schreiben aufgedeckten Pläne der Schutzzöllner würden unstreitig für die deutsche verarbeitende Industrie nine ganz bedeutende Erschwerung der Ausfuhr herbeiführen.

Die Nationalliberalen und die Zensur.

In der letzten Reichstagstagung wurde in erster und zweiter Lesung ein von allen Parteiführern mitunterschriebener Antrag Schiffer auf Abänderung des § 9b des Belagerungsgesetzes angenommen. Die fragliche Bestimmung sieht auch bei den kleinsten Vergehen Gefängnisstrafen vor; durch den Antrag Schiffer sollten auch Geld- und Haftstrafen zugelassen sein. Die endgültige Erledigung des Antrages wurde durch den Abg. Bassermann verhindert, der der sofortigen Vornahme der dritten Lesung widersprach, als Gen. Dittmann sich zur dritten Lesung zum Wort meldete. Da der Reichstag an diesem Tage geschlossen wurde, bleibt die harte Bestimmung auch ferner in Kraft. Die Nationalliberale Korrespondenz unternimmt nun eine Rechtfertigung Bassermanns: Der Reichstag habe erst eine zweistündige Dauerrede des sozialdemokratischen Abg. Fischer über die Härten der Zensur über sich ergehen lassen müssen, eine von den Reden, die den Eindruck der abgelaufenen Tagung empfindlich beeinträchtigt hätten. Jetzt sei vom Gen. Dittmann eine ähnliche Leistung über rheinisch-westfälische Zensurschmerzen zu befürchten gewesen. Eine unausstilgbare Trübung des Eindrucks der ganzen Schlußsitzung wäre eingetreten. „In dieser Zwangslage widersprach der nationalliberale Führer selbst der sofortigen Vornahme der dritten Lesung." Das Land könne sich den agitationsbedürftigen Vertreter von Lennep-Remscheid dafür bedanken, daß ein schwer zu ertragender Notstand noch auf Monate hinaus fortbestehe. Zu dieser Verteidigung Bassermanns in der Nationalliberalen Korrespondenz schreibt Gen. Dittmann in der Bergischen Arbeiterstimme:

„Diese nationalliberale Beweisführung konstruiert für den Abg. Bassermann eine „Zwangslage", in der er verhindern mußte, daß ich zum Reden kam, und für mich ein persönliches „Agitationsbedürfnis" als Motiv zum Reden. Wie stand es in Wahrheit mit beiden? Da habe ich zunächst festzustellen, daß ich mich nicht aus persönlichem Belieben, sondern als einer der beiden von der sozialdemokratischen Fraktion ausdrücklich bestimmten Redner zum Thema „Belagerungszustand und Pressezensur" zum Wort gemeldet habe, und weiter, daß der Fraktion der von der gesamten Parteipresse und der Bezirksleitung des Niederrheins der Wunsch ausgesprochen worden war, mir, der ich in den Dingen mitten drin stehe, im Reichstage Gelegenheit zu geben, die Beschwerden des Bezirks über die Handhabung des Belagerungszustandes und der Pressezensur vorzutragen. Diese Beschwerden aber, das wußte Abg. Bassermann ausmeinem am selben Morgen in der Budgetkommission gemachten Ausführungen, hätten — wie dort, so auch vor dem Plenum und dem Lande — eine schwere Bloßstellung des nationalliberalen Parteiregiments am Niederrhein ergeben und Zustände aufgedeckt, die in schreiendem Widerspruch zu dem Kaiserwort stehen, daß im Krieg alle Parteien gleich zu behandeln sind. Die Angst vor der öffentlichen Kennzeichnung der Sünden seiner Parteigänger schuf für Herrn Bassermann die angebliche „Zwangslage", mich unter allen Umständen am Reden im Plenum zu hindern. Darum erst der Schlußantrag Bassermann-Spahn-Müller (Meiningen), der mir in der ersten Lesung das Wort abschnitt, und darum dann auch der Widerspruch Bassermanns gegen die dritte Lesung, als ich zu dieser zum Worte meldete."

Wirtschaftspolitik.

Die Petroleum-Versorgung.

Die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Petroleum liegt in den Händen dreier großer Petroleum-Importgesellschaften. Nach einer zwischen der Regierung und diesen Gesellschaften getroffenen Vereinbarung sind die Verkäufe von Petroleum an Zwischenhändler in der Zeit vom 1. Mai bis 1. September eingestellt worden. Wie jetzt berichtet wird, ist die Versorgung mit Petroleum für die kommenden Wintermonate in folgender Weise geregelt:

„Die einzelnen Firmen werden in einem prozentualen Verhältnis an den jeweils verfügbaren Vorräten beteiligt, und zwar in Anlehnung an ihren früheren Verbrauch. Naturgemäß sind die Vorräte zurzeit nicht derart, daß ein hoher Prozentsatz für den Teil der Kundschaft zur Verfügung gestellt werden kann, der kein Anrecht auf vorzugsweise Befriedigung hat. Im allgemeinen wird das Prinzip verfolgt, daß die einzelnen Händler Ware von den Importgesellschaften erhalten, die sie früher bedienten. Doch haben die drei Gesellschaften zur Vereinheitlichung der Versorgung der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219150907-15/fragment/page=0002

Lagerungen, Transporte usw. eine Art Verteilungsskommen gesichert, nach dem manche Plätze ausschließlich von der einen, manche Plätze wieder von einer anderen Gesellschaft versorgt werden. Am ungünstigsten scheinen solche Händler abzuschneiden, die vor dem Kriege nicht von einer der großen Importgesellschaften Petroleum bezogen haben, sondern hauptsächlich von kleineren Importfirmen versorgt worden sind. Da ihre früheren Lieferanten gegenwärtig nur geringe Mengen importieren können, werden diese Händler in der Versorgung gegenüber jenen benachteiligt sein, die mit einer der großen Gesellschaften gearbeitet haben. Allerdings soll es sich dabei nur um wenige Firmen handeln, da vor dem Kriege der weitaus größte Teil des Importhandels durch die großen Gesellschaften besorgt worden ist. Händler, die früher von Grossisten bezogen haben, dürften indirekt beteiligt werden, da die Grossisten ihr Petroleum im allgemeinen von den großen Importgesellschaften bezogen und infolgedessen in dem Verteilungsplan eine entsprechende Berücksichtigung gefunden haben. Händler, die erst nach dem Kriegsausbruch das Petroleumgeschäft aufgenommen haben, sind nicht an den Bezügen beteiligt."

Gesellschaft zur Herstellung von Sprengluft. Unter der Firma Sprengluft-Gesellschaft m. b. H. mit dem Sitz in Essen wurde ein Unternehmen gegründet, dessen Zweck ist der Erwerb und die Verwertung von Verfahren, Patenten und ähnlichen Schutzrechten, betreffend verdichtete, verflüssigte und feste Gase, z. B. flüssige Luft, flüssigen Sauerstoff, flüssigen Stickstoff, flüssigen Wasserstoff, flüssige und feste Kohlensäure, der Erwerb und die Verwertung von Verfahren und Schutzrechten, welche die Verwendung verdichteter, flüssiger und fester Gase zu Schieß-, Spreng-, Zünd-, Bergwerks- und anderen Zwecken betreffen, z. B. Gefrierzwecken, zu Luft-, See-, Unterseefahrt-, zu Motoren, zu allgemeinen und hauswirtschaftlichen Zwecken aller Art.

Eine weitere Einschränkung des Branntweingenusses. Vom 6. September ab ist im Regierungsbezirk Düsseldorf der Branntweinausschank am Freitag, Samstag und Sonntag jeder Woche, an gesetzlichen Feiertagen sowie an fünf höheren kirchlichen Feiertagen gänzlich verboten; für die übrige Zeit ist der Verbrauch auf die Stunden von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends beschränkt. Der Schnaps darf nur in Gläsern von höchstens 0,03 Liter zum sofortigen Genuß und gegen Barzahlung abgegeben werden. An Tagen, an denen Aushebungen zum Heeresdienst stattfinden, ist der Verkauf verboten.

Kriegsgefangenenarbeit. Aus verschiedenen Teilen des Reiches liegen schon jetzt Berichte über die Erfahrungen vor, die man mit den Kriegsgefangenen als Arbeiter gemacht hat. So stellte in der Sitzung des Kreistages Minden der Regierungsvertreter fest, daß alle Landwirte, die Kriegsgefangene beschäftigt haben, mit den Leistungen sehr zufrieden gewesen sind.

Die Landwirtschaft hat also wesentliche Vorteile daraus gezogen. Wird sie dem durch Zugeständnisse hinsichtlich wohlfeiler Milchlieferung usw. ein wenig entsprechen?

Aus der Partei.

Dokumente zum Weltkrieg 1914.

Von der im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschienenen und vom Genossen Eduard Bernstein herausgegebenen Sammlung Dokumente zum Weltkrieg 1914 kommt soeben das Heft 10 zur Ausgabe. Es behandelt von dem Grünbuch Italiens, das die diplomatischen Dokumente umfaßt, welche das italienische Ministerium des Auswärtigen Sonnini dem italienischen Parlament am 20. Mai d. J. vorgelegt hat, den ersten Teil; ein zweiter Teil soll folgen. — Das Heft ist zum Preise von 50 Pf. durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen.

Totenliste der Partei.

Nach mehrjährigem Leiden ist Genosse Robert Hauschild in Chemnitz im Alter von 67 Jahren gestorben. Hauschild gehörte zu den Veteranen der Chemnitzer Arbeiterbewegung. Zu Anfang der siebziger Jahre, als in Chemnitz unter Most sich die ersten nachdrücklichen sozialdemokratischen Regungen unter den Arbeitern bemerkbar machten, war er einer der rührigsten Werber für die Partei. Geradezu unschätzbare Dienste leistete der Verstorbene der Partei in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes als Vertrauensperson. Später wurde das Hauptätigkeitsgebiet Robert Hauschilds im öffentlichen Leben das Krankenkassenwesen. Viele Jahre gehörte Robert Hauschild dem Chemnitzer Stadtverordnetenkollegium an. Der Name Robert Hauschild war innig mit den öffentlichen Angelegenheiten der Chemnitzer Arbeiterschaft verbunden.

Die Milchfrage.

Aus Sachsen kam die erfreuliche Nachricht, daß die Regierung eine Verordnung erlassen hat, die in allen Orten mit über 5000 Einwohnern die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch vorschreibt. Aehnliche Verordnungen sind schon vorher in einzelnen Gemeinden für deren Bezirk durchgeführt worden, aber leider handelt es sich dabei um Ausnahmefälle, so daß der Milchwucher in den meisten Gegenden Deutschlands geradezu eine nationale Gefahr geworden ist. Die Milch als Nahrungsmittel kommt in erster Linie für Kinder, und darunter wieder für die Säuglinge in Frage, die die Zukunft der Nation darstellen. Wer also für eine billige und ausreichende Milchnahrung für Kinder sorgt, erfüllt damit eine nationale Pflicht. Die Verhältnisse werden auf dem Lande und in den kleinen Städten, wo neben Kühen auch Ziegen zur Milchversorgung in größeren Haushaltungen gehalten werden und wo die Familien noch vielfach in einem direkten Nahrungsmittelaustausch stehen, nicht so schlimm sein wie in den Großstädten. Dort ist die Milch genau so zur Ware geworden wie jedes andere Nahrungs- und Genußmittel, und deshalb sind in den Großstädten die Gefahren der Milchteuerung so stark. Es sollte daher eine ernstliche Pflicht der Reichsregierung sein, auf die Städte einzuwirken, daß sie sämtlich mit Höchstpreisen für Milch vorgehen, daß sie aber auch direkt für die Milchnahrung der Säuglinge Vorsorge treffen. Das liegt durchaus nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Ziemlich viele Stadtverwaltungen besitzen größere landwirtschaftliche Betriebe, auf denen sie Milchkühe halten können; durch besondere Vertriebsmittel müßten sie die Milch zu verhältnismäßig billigen Preisen abgeben können. Aber selbst wo die Gemeinden Milch aus fremden landwirtschaftlichen Betrieben beziehen müssen, sollten sie wenigstens für eine gerechte Verteilung sorgen. Wer heute Geld hat, kann sich so viel Milch leisten wie er will, ganz egal, ob er Kinder damit ernährt oder die Milch zu Hause zu Sahne und womöglich zu Schlagsahne umwandelt. Die Städte müssen darauf Bedacht nehmen, daß in erster Linie hinsichtlich der Milch an die Ernährung der Säuglinge und Kinder gedacht wird. Deshalb ist es auch notwendig, daß die Städte Milchkarten ausgeben, um den Konsum der Milch zu organisieren. Dabei würden die kinderreichen Familien, und darunter wieder die Familien mit Säuglingen mit einer desto größeren Anzahl von Milchkarten versehen werden müssen, während die kinderlosen Familien mit desto geringeren Quantitäten auskommen müßten. Ebenso wäre es nur gerecht, wenn die Einkommensverhältnisse dabei berücksichtigt werden. Wollen die Städte darüber hinaus noch auf vorläufige Art Stellen für die Milchabgabe einrichten — es stehen genug Läden und Parterrewohnungen dafür zur Verfügung —, so würde die Milch bei einer solchen ordnungsmäßigen Verteilung durchaus ausreichen für die jüngeren Bevölkerungsschichten, die sie in erster Linie gebrauchen. Es würde dann aber auch vermieden werden, daß wucherische und schädliche Ersatzmittel in den Handel kommen und in ihm sich behaupten. Wir haben schon neulich auf die Streckungsversuche für Butter hingewiesen, die einen geradezu gefährlichen Charakter tragen. Wir wissen, daß es auch für die Milch solche Mittel gibt, nur daß sie hier noch gefährlicher sind, weil sie einfacher und leichter gehandhabt werden können. Aus allen diesen Gründen ist eine Ordnung für Herstellung, Vertrieb und Verbrauch von Milch auf das dringendste zu fordern und in dem angedeuteten Sinne einzurichten. Für unsere Vertreter in den Kommunalverwaltungen entsteht die dankbare Aufgabe, diese Andeutungen in die Tat umzusetzen.

Gewerkschaftliches.

Zentralverband der Handlungsgehilfen während des Kriegsjahres.

Der Verband zählte am 1. Juli 1914 insgesamt 26 054 Mitglieder, und zwar 11 822 männliche und 14 232 weibliche. Bis zum 30. Juni 1915 sank die Zahl der männlichen Mitglieder auf 10 999, wogegen die der weiblichen auf 14 750 anstieg, so daß sich ein Mitgliederbestand von 25 749 ergab. Am 31. Juli 1915 waren 2773 verheiratete und 2847 ledige, zusammen 5126 Mitglieder zum Heeresdienst eingezogen; fast 200 sind bisher als gefallen gemeldet worden. Arbeitslos waren am 31. Juli 154 männliche und 533 weibliche, zusammen 687 Mitglieder. Seit Kriegsausbruch bis zum 31. Juli hat der Verband 44 698 Mk. Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Dazu kommen die sonstigen Unterstützungen, die aber hinter diesem Betrage zurückbleiben.

Die Mitgliederzahl ist mit der Fortdauer des Krieges durch die Einberufung auch des ungedienten Landsturms bedeutend geringer geworden. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen im Handelsgewerbe ist dabei immer noch beträchtlich stärker als früher. Das Gesamtbild wird durch die infolge der Einberufungen viel geringere Zahl der männlichen Arbeitslosen bestimmt.

Besonders in den ersten Kriegsmonaten hat der Verband dagegen anzukämpfen gehabt, daß Geschäftsinhaber vielfach eine allgemeine Herabsetzung der Gehälter ihrer Angestellten vornahmen. Die Bemühungen der Organisation sind nicht ohne Erfolg geblieben, wobei ihr zustatten kam, daß die Geschäftslage sich nach den ersten Kriegswochen wieder hob. Allerdings kann man nicht sagen, daß etwa die Angestellten an den hohen Kriegsgewinnen teilgenommen hätten; es sind nicht einmal die früheren Gehaltsherabsetzungen alle wieder beseitigt worden.

In der Frage der Arbeitsvermittlung blieb die Handlungsgehilfenbewegung wieder gespalten. Während der Zentralverband der Handlungsgehilfen und einige bürgerliche Gehilfenorganisationen von der Reichsgesetzgebung und von den Gemeinden die Schaffung öffentlich-rechtlicher Arbeitsnachweise forderten, haben zwei große bürgerliche Gehilfenverbände, die um den Bestand ihrer unzulänglichen Verbandsstellenvermittlungen besorgt sind, an die Behörden das Ersuchen gerichtet, die Schaffung solcher Arbeitsnachweise zu unterlassen. Es ist klar, daß hierdurch die Bemühungen des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen sehr erschwert wurden. Man kann annehmen, daß in Berlin und einigen anderen Orten die Schaffung öffentlich-rechtlicher paritätischer Arbeitsnachweise schon ins Werk gesetzt sein würde, wenn nicht jene widerstrebenden Organisationen alle Hebel in Bewegung gesetzt hätten, sie zu verhindern.

Aus der Provinz.

Schulgeldbeihilfe für die Kinder der Einberufenen.

Ueber die zu gewährenden Schulgeldbeihilfen liegen für das 4. Armeekorps, also unserem Bezirk, neue aufklärende Mitteilungen des Generalkommandos vor. Ursprünglich ist die Frage geregelt durch folgenden Erlaß, den das preußische Kriegsministerium am 9. Februar d. J. an sämtliche stellvertretende Generalkommandos gerichtet hat:

Dem stellvertretenden Generalkommando teilt das Kriegsministerium ergebenst mit, daß für die schulpflichtigen Kinder der Mannschaften (Unteroffiziere und Gemeine) die a) aus dem Beurlaubtenstande zum aktiven Dienst eingetreten sind) das Volksschulgeld voll und für die höhere Schule besuchenden Kinder die in der Verfügung vom 15. 3. 14 erwähnte höchste Schulgeldbeihilfe gewährt werden kann. Den Mannschaften des Beurlaubtenstandes sind die zum aktiven Dienst einberufenen Mannschaften des Landsturms gleich zu achten. Die bei der freiwilligen Krankenpflege Dienste leistenden Personen zählen indes dazu nicht. Ergänzend zu diesem allgemeinen Erlaß erklärt nun auf Anfrage das stellvertretende Generalkommando des 4. Armeekorps in Magdeburg, daß die Schulgeldbeihilfe sämtlichen in obigem Erlaß genannten Militärkindern, und den zum aktiven Dienst einberufenen Landsturmleuten, soweit die Väter in Truppenteilen dienen, die dem preußischen Kriegsministerium unterstehen, gewährt werde. Sie betrage für das Rechnungsjahr 1915 für Kinder, die eine höhere als die Volksschule besuchen, 131 Mark von Tausend des wirklich gezahlten Schulgeldes, aber nicht über 47 Mark auf den Kopf und das Jahr hinaus. Dagegen werde das Volksschulgeld, soweit solches zur Erhebung gelange, voll vergütet. Der Antrag auf Gewährung einer Schulgeldbeihilfe sei vom Vater des Militärkindes durch seinen Truppenteil zu stellen. Es wird weiter bemerkt, daß als Militärkinder die ehelichen, die durch nachfolgende Ehe mit der Mutter legitimierten Kinder und die Stiefkinder der Mannschaften (Unteroffiziere und Gemeine) zu verstehen sind.

Gisleben. Von der Teuerung. Nicht nur Arbeiter, sondern auch die bessergestellten Kreise verspüren nunmehr die Teuerung auf allen Gebieten recht deutlich. So verlangte man für Butter hier bereits 2,30 Mk. pro Pfund, und das Pfund Schweinefleisch kostet 2,40 Mk., daß man für Käse bereits den dreifachen Preis wie früher auf dem Wochenmarkt zahlt, ebenso auch für Quark. Löst wohl Erregung aus, aber man bezahlt! Meist sind es Helftaer Höker, die sich durch Preistreiberereien hervortun, und obendrein zahlen sie nicht einmal Standgeld, einem alten Uebereinkommen gemäß. In Helfta äußerte schon eine Bauersfrau, wenn es nicht 130 Mk. für den Zentner Lebendgewicht für die Schweine setzt, dann bleiben sie stehen, und tatsächlich sind heute bereits 136 Mk. bezahlt worden. Wo soll das noch hinführen? Die Stadt bemüht sich, dem Einhalt zu tun; aber hier müssen weite Wirtschaftsgebiete geschaffen werden, wenn energisch dieser künstlichen spekulativen Wirtschaft beigekommen werden soll. Das ist auch nunmehr die Ansicht behördlicher Kreise, aber nun muß gewünscht werden, daß recht bald etwas geschieht. Vorläufig machen wir bei den Ueberpreisen auf den von der Stadtverwaltung angeschafften Vorrat von Büchsenfleisch aufmerksam, jede Dose Schweinefleisch kostet 1,40 Mk. Die Abneigung weiter Kreise gegen diese Ware ist durchaus unangebracht, die Ware ist nur zu empfehlen und besonders mit den hiesigen Fleischpreisen durchaus angemessen. Die Arbeiterschaft sollte vor allem sich die Kaufgelegenheit nicht entgehen lassen; denn einige Zeit wird wohl noch verstreichen, ehe von Regierungsseite der herrschenden Teuerung abgeholfen wird.

— Höchstpreise für Milch, Eier und Butter. Der Magistrat hat im Stadtkreise Eisleben folgende Höchstpreise festgesetzt: Für Milch: ein Liter 22 Pf., für Butter: ein Stück (250 Gramm) von bester Güte 1,— Mk., von geringerer Güte 90 Pf., für Eier: das Mandel 2,— Mk. Es heißt in der Verordnung: Wir machen hierbei darauf aufmerksam, daß die festgesetzten Preise keine Mittel- (Normalpreise), sondern Höchstpreise sind, also für Waren bester Qualität gelten. Es muß dem kaufenden Publikum überlassen bleiben, für die Höchstpreise Waren bester Güte zu fordern und für andere Waren nur einen entsprechend geringeren Preis zu bieten. Eier sind nach Stückzahl, Milch nach dem Nanminhalt (Liter), Butter ist nach Gewicht zu verkaufen. Diejenigen Verkäufer, welche die Innehaltung der Höchstpreise verweigern, haben außerdem die zwangsweise Schließung ihrer Verkaufsstellen zu gewärtigen.

Unter Bezugnahme auf vorstehende Anordnung weist die Polizei auf folgendes hin: Weigert sich ein Händler, oder ein mit Kleinhandel sich befassender Erzeuger von der Höchstpreisfestsetzung unterliegenden Waren zu den Höchstpreisen zu verkaufen, so kann der Magistrat die Waren übernehmen und auf Rechnung und Kosten des Besitzers zu den Höchstpreisen verkaufen, soweit sie nicht zu dessen eigenem Bedarf nötig sind. Außerdem tritt Bestrafung nach § 6 des Höchstpreisgesetzes ein, der folgendermaßen lautet:

Nebenher hat der Magistrat noch den allgemeinen Preisaushang angeordnet und das Früheinkaufsverbot für Händler ausgesprochen.

Mansfeld. Zu Tode gegrämt. Ein tragisches Geschick betraf die Familie des Wehrmannes Heinrich, der bei einer Artillerie-Munitionskolonne am 19. August infolge eines Unglücksfalles zu Tode gekommen ist. Seit dem Tage, an dem der Frau des Verstorbenen die Nachricht vom Tode ihres Mannes übermittelt wurde, verweigerte sie alle Nahrung, bis sie jetzt am 3. September selbst gestorben ist.

— Der Tod bei der Arbeit. Auf dem Freieslebenschacht ereilte Sonnabend früh dem Bergmann August Schilder aus Mansfeld infolge Blutsturzes ein rascher Tod.

Heringen. Selbstmord. Vom Zuge ließ sich ein junger Mann von etwa 20 Jahren, der aus Nordhausen stammt, in der Nähe unserer Station überfahren. Der Kopf war glatt vom Rumpfe getrennt. Der Grund zu der unseligen Tat ist unbekannt. Die Eltern haben erst kürzlich einen Sohn im Kriege verloren, ein anderer Sohn ist in Gefangenschaft geraten. — Ein Russe, der auf der hiesigen Domäne arbeitet, fuhr beim Ernteeinbringen mit seinem Wagen in eine Schlucht. Der Wagen überschlug sich und der Russe brach beide Beine; er trug auch noch andere schwere Verletzungen davon. Ein hiesiger Arzt leistete sofortige Hilfe.

Torgau. Maßnahmen gegen die Teuerung. Der Magistrat hat einige neue Verordnungen erlassen, in denen es heißt: Der gewerbsmäßige Einkauf der Händler darf nicht vor 10 bezw. 11 Uhr vormittags erfolgen, der Handel mit von auswärts gebrachten Gegenständen des Wochenmarktverkehrs außerhalb des Marktes ist verboten, ferner erfolgt jetzt der Verkauf statt nach Hohlmaß nach Gewicht, das Gewicht eines Stückes Butter wird auf 250 Gramm festgesetzt. Eine weitere Verordnung fordert für eine Reihe genannter Waren die Aushängung von Preisverzeichnissen, und zwar sowohl für Laden- wie für den Marktverkehr.

— Der städtische Kartoffelverkauf. Frühkartoffeln wurden gestern nachmittag am Güterbahnhof in der Nähe der Döbernschen Straße der Zentner für 3,90 Mk. verkauft. Sie gingen wieder sehr flott ab.

Prettin. Feuer entstand auf nicht aufgeklärte Weise auf dem Anwesen des im Felde stehenden Bauunternehmers Krüger im nahe gelegenen Lichtenburg. Es brannten eine Scheune und ein Stallgebäude vollständig nieder.

Golpa. Wiedergriffen. Der am 4. August vom Arbeitskommando Fa. P. Wittkop, Golpa-Jeßnitz, entwichene russische Zivilgefangene Kasimir Woinowski und der am 16. Mai vom Arbeitskommando Braunkohlenwerk Golpa-Jeßnitz entwichene russische Zivilgefangene Wiezent Sobanski sind wieder ergriffen worden.

Wittenberg. Die Kartoffelkalamität, welche in unserem Orte durch das Zurückhalten der Kartoffeln vom Markte seitens der Landwirte und Händler geschaffen wurde, scheint eine Entwicklung nehmen zu wollen, die lediglich das Interesse der Preistreiber wahrt. Bekanntlich war der von der Polizei festgesetzte Preis von 45 Pfg. für die Metze den Händlern zu wenig. Nach einer Notiz des Tageblattes in der Montagsnummer ist anzunehmen, daß der Magistrat bezw. die Polizeibehörde gewillt ist, vor dem Ring der Produzenten und Händler zu kapitulieren und den Preis noch weiter zu erhöhen. Von einer Bestandsbeschlagnahme soll Abstand genommen werden. Ist dem so, dann wird es höchste Zeit, daß auch die Konsumenten ihre Wünsche deutlicher zu Gehör bringen, als durch gelegentliche „Eingelandts". Es erscheint uns vorläufig kaum glaublich, daß die zuständige Behörde so einseitig verfahren wird. Städtisches Krankenhaus übrigens. — In der Steingutfabrik verunglückte letzten Sonnabend der Maschinenmeister Wolf, als er beim Anschrauben einer Transmission mit der Leiter umfiel und sich den Arm brach.

Donnerstag den 9. September

bleiben unsere Verkaufsräume und Bureaus feiertagshalber geschlossen

Geschäftshaus J. LEWIN

Halle a. d. S., Marktplatz 2. u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219150907-15/fragment/page=0003

Die vergessenen Mütter.

Mit warmen Worten mahnt der von J. E. Frhrn. v. Grotthuß herausgegebene Türmer (Stuttgart, Greiner u. Pfeiffer) in seinem soeben erschienenen zweiten Augustheft unser Volk an eine Pflicht, die es bisher in seinem großen Fürsorgewerke für die vom Kriege Heimgesuchten vergessen hat. Denn selbst in der denkwürdigen Reichstagssitzung vom 16. und 17. April wurde mit keinem Worte der Mütter gedacht, deren Söhne gefallen sind und die vielfach schlimmer daran sind, als Frau und Kinder, weil ihnen nicht selten im Sohn ihre einzige Lebensstütze und ihre ganze Lebenshoffnung entrissen worden ist. Es ist darum sehr nötig, daß auch auf die Mütter hingewiesen wird und auch ihr Los in Betracht gezogen und nach Möglichkeit erleichtert wird. Die Zahl dieser Mütter ist außerdem weitaus größer, als die der Witwen. Im Jahre 1910 kamen auf eine Bevölkerung von 65 Millionen Menschen 2,6 Millionen Witwen. Selbst wenn der Krieg diese Zahl um 100 000 Menschen vermehren würde, was nach den jetzigen statistischen Feststellungen noch zu hoch gegriffen ist, so wird diese Zahl ganz bedeutend überschritten durch die Zahl der Mütter, die durch den Krieg ihre Söhne verlieren, denn es stehen ungefähr viermal soviel unverheiratete den verheirateten Gefallenen gegenüber. Wir hatten unter den 2½ Millionen Witwen nach der Volkszählung zirka 300 000, die unter 50 Jahre alt waren, also über 2 Millionen ältere Frauen. Von den Witwen der Volkszählung wurden 400 000 von Angehörigen unterhalten, und man darf annehmen, daß die Mehrzahl dieser Erhalter der Witwen „die Söhne" waren. Auch bei den 900 000 Witwen, die von Pensionen, Renten und Zubußen von Familienmitgliedern leben, werden wieder die Söhne hauptsächlich in Betracht kommen für die Beihilfen. Man sieht daraus, daß die Hinterbliebenenfürsorge für die Mütter eine viel umfassendere sein muß, als für die Witwen. Aus diesen Zahlen sieht uns eine große Mütternot an. Wer hilft da? Die Versorgung dieser älteren Frauen ist um so schwieriger, da meistens der eigene Erwerb durch Alter und Verbrauchtsein durch das Leben ausgeschlossen sein wird. Diesen Tatsachen gegenüber scheint das Kriegselterngeld, das für Wehrmänner höchstens 250 Mk. beträgt und für die eines Offiziers 450 Mk., sehr unzulänglich. Besonders kommt aber noch eines in Betracht: daß die Auszahlung des Kriegselterngeldes nur dann gesetzlich zulässig ist (nach § 22), wenn der Verstorbene den Lebensunterhalt des Antragstellerns vor Eintritt in das Heer oder nach seiner Entlassung aus diesem, zur Zeit dieses Krieges oder bis zu seiner letzten Krankheit ganz oder überwiegend bestritten hat. Dieser Paragraph scheidet eine ganze große Zahl Mütter überhaupt davon aus, Kriegselterngeld bewilligt zu bekommen. Es sind das alle die Mütter, die oft unter größter Selbstaufopferung und unter Eingabe eines Kapitals, das ihren Lebensabend hätte von Sorgen befreien können, die Ausbildung der Söhne für einen Beruf ermöglichten, unter der Voraussetzung, daß diese Söhne später für ihren Lebensunterhalt weiterzusorgen in der Lage wären, sobald sie, dank ihrer guten Ausbildung, eine gutbezahlte Stellung erreicht hätten. In allen Fällen, wo die Mütter so handelten, und es sind ihrer sehr viele, stehen sie heute hilflos und unversorgt einem trostlosen Alter gegenüber. Sie müssen neben dem herben Schmerz um den Verlust ihres Sohnes auch noch die bittere Sorge tragen, wie sie ihr Leben fristen wollen. Hier besteht eine klaffende Lücke in der Gesetzgebung, die noch ausgefüllt werden muß und hoffentlich auch ausgefüllt werden wird. —

Es ist eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, die Mütter seiner Helden nicht zu vergessen und denen, die ihr Bestes dem Vaterlande opferten, den Lebensabend frei von schwerster wirtschaftlicher Not zu gestalten.

Allerlei.

Ein Mann mit zwei Frauen.

Der Krieg bringt manches an den Tag, was in Friedenszeiten vielleicht verborgen geblieben wäre. Diese Erfahrung mußte der Arbeiter Paul Pannwitz in Berlin machen, der jetzt in seiner Wohnung unter dem dringenden Verdacht der Doppelehe verhaftet wurde. Pannwitz ist seit längerer Zeit in der Provinz verheiratet, ließ dort vor einigen Jahren seine Frau mit drei Kindern im Stich, kam nach Berlin und meldete sich hier auf das Nationale seines Bruders bei der Polizei an. Er lernte bald ein Mädchen kennen und ging mit der Ahnungslosen eine neue Ehe ein. Die Papiere, die er dazu brauchte, ließ er sich wieder auf Namen und Alter seines Bruders ausstellen. Als der Krieg ausbrach, mußte sich Pannwitz zur Stammrolle melden und ließ sich Abschriften der bei der Eheschließung verwandten Papiere geben. Aber auch sein Bruder mußte sich melden, und jetzt fiel die Uebereinstimmung der Papiere auf. Die Kriminalpolizei forschte nach und stellte bald die Doppelehe fest. Pannwitz wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Neuentdeckte Goldfelder in Kanada.

Aus Toronto meldet die Londoner Times: Bei Metheson im nördlichen Kanada seien neue Goldfelder entdeckt worden; Proben hätten einen außerordentlich hohen Goldgehalt ergeben.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Mittwoch, den 8. September: Wolkig, vorwiegend trocken, etwas wärmer.

Inserate für die nächste Ausgabe des Volksblattes werden bis 10 Uhr vormittags in der Hauptgeschäftsstelle Harz 42—44 oder bis 9 Uhr in den Filialen entgegengenommen.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.

Sprechstunden **nur** wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags **geschlossen.**

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Donnerstag den 9. Sept.
Freitag den 10. Sept.
bleiben meine Geschäftsräume feiertagshalber
geschlossen! S. Weiss
am Markt
Herren-Moden und Uniformen.
2237

Walhalla-Theater
Anfang 8.10 Uhr.
Gastspiel Dir. Fritz Steidl:
„S. M. der Dollar!"
Deutsch-amerikan. Volksstück mit Gesang und Tanz, in 4 Akten von H. Stein und A. Steinmann. Musik von Stein.
Sensationeller Schlager! 45 Mitwirkende!
Die Kronprinz-Bilder kommen nur noch bis Mittwoch zur Verteilung. Ab Donnerstag: **Weddigen-Woche.** 2339

Auf die III. Kriegs-Anleihe sind bei der städtischen Sparkasse bis 6. September ds. Js. in 634 Posten **825 600** Mark gezeichnet worden. 2340

Die Sparkasse der Stadt Halle a. d. S.

Bekanntmachung, betreffend Futtermittel.

Von der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte in Berlin werden uns

1000 Zentner Kartoffelflockenmehl zu Futterzwecken

zur Verfügung gestellt.

Anmeldungen auf Kartoffelflockenmehl sind bis zum

Freitag, den 10. September 1915

schriftlich unter Angabe der **gewünschten Mengen** und **des Monatsbedarfes** an den Magistrat, Kriegsbrotausschußbureau, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 56, einzureichen.

Der Preis stellt sich für den Doppelzentner auf 41.30 Mk. Die Abgabe erfolgt nur in Mengen von einem Doppelzentner ab.

Eine Abgabe an Händler ist nach den Bedingungen der Bezugsvereinigung unzulässig.

Das Kartoffelflockenmehl darf lediglich zu **Futterzwecken** Verwendung finden.

Halle a. d. S., den 6. September 1915.

Der Magistrat. F

Gruden, gebr. und neu, zu verkaufen Steinweg 50. f

Arbeitsmarkt

Nietleben. *880
Für Kohlenfuhren in Halle und Nietleben suche ich für **Einspänner** einen **Geschirrführer,** am liebsten, wenn derselbe das Abtragen der Kohle gegen besondere Bezahlung mit übernehmen kann.
Paul Heydenreich, Nietleben.

Tüchtiger *878
Lokomotivführer (Schlosser)
und Heizer für den Neubau des **Kraftwerkes Golpa** bei **Gräfenhainichen** (Bez. Halle) zur Bedienung einer 60 spurigen Lokomotive bei hohem Lohn **sofort gesucht.**
Held & Francke, A.-G.

Achtung, Hausfrauen!
Zahle für alte wollene Strümpfe
Kilo 1.50 Mk.,
sowie f. Lumpen, Metalle, Knochen und Eisen höchste Preise; hole auf Wunsch auch selber ab. 2091a
Paul Günther, Taubenstr. 3, Hof hinten links.

Wer hat Bedarf?
Großer Posten Seide eingetroffen, mit kleinen Fehlern 55 Pf., gute Ware von 75 Pf. pro Meter an im
Partiewaren-Geschäft
Rannischestraße 20/21. 2342

Erdarbeiter *755
werden eingestellt. **Baustelle Mühlgraben,** am **Jägerplatz.**

Für den Abteufbetrieb **Weidtmannshall II** in Bischofferode bei Bleicherode werden
tüchtige Schachtarbeiter
gesucht. Der Schichtlohn beträgt bei sechsstündiger Arbeitszeit:
für Schachthauer Mark 6.50,
für Lehrhauer „ 6.00,
für Schlepper „ 5.50.
Meldungen sind zu richten an **Fahrsteiger Böttger, Schacht Weidtmannshall.** *882

Kostüm-Röcke
Kayser's-Spezial-Geschäft
28 Geiststrasse **28.** 2233

Gelegenheit!
Ein großer Posten **wasserdichte Zeltplanen,** 175×175, **wasserdichte Pelerinen** statt 15 Mk. nur 7.50 Mk., **Militär-Rucksäcke,** extrastark, mit kl. Fehlern, Stück nur 3 Mk., verkäuflich im [2341
Partiewarengeschäft
Rannischestrasse 20/21.

Vereins-Anzeiger.

Die Veröffentlichung nachstehender Veranstaltungen erfolgt wöchentlich. Jahresbeitrag 5 Mk. pro Zeile.

An die Vereins-Vorstände!

Da infolge des Kriegszustandes die Veranstaltungen nicht mehr regelmäßig stattfinden, ersuchen wir die Vorstände, uns sofort die Veranstaltungen für die nächste Zeit mitzuteilen.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.
Freitag, abends 9 Uhr, im Volkspark
Gesamt-Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Dienstag u. 8½ U. i. Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"
Turnstunden: **Turnhalle Ober-Realschule,** Eing. Staudtestraße.
Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.
Sonntags früh 8—10 Uhr: **Spiele auf dem Sandanger.**

Touristen-Ver. „Naturfreunde". Sonntag den 12. September: Tagestour nach **Gröbers-Schkeuditz.** Abfahrt: 6.10 Uhr v. Hauptbahnhof.

Ammendorf-Radewell.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität".
Sonnabend den 11. September in der Deutschen Eiche: **Versammlung.**

Merseburg.

Arbeiter-Radfahrer. Sonntag nach dem 15. jeden Monats, nachmittags 4 Uhr, bei Ebeling, Saalstr.: **Versammlung.**

Geschäfts-Eröffnung.
Mit dem heutigen Tage eröffne ich in **Kröllwitz, Dölauerstrasse 5,** ein 2234
Barbier- u. Haarschneide-Geschäft
Ich bitte ein geehrtes Publikum mich bei meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Otto Blüschke.

Zigarren und **Zigaretten** empf. **Emil Bruder,** Torstr. 6. [133

Quitten in jeder Menge *879 **zu kaufen gesucht.**
Teefabrik. Halle a. d. S., Gr. Märkerstr. 6/7.

Auskunft
über Familienunterstützung, Kaufverträge, Miete, Abzahlungsgeschäfte, Arbeitsvertrag, Familienrecht, Arbeiterversicherung, Angestelltenversicherung, Zahlungsfristen, Das Gesetz betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte verhinderten Personen, Wochenhilfe während des Krieges, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invalidenversicherung und viele andere Fragen, die das Rechtsverhältnis berühren,
gibt
in leichtverständlicher, gründlicher Weise die 80 Seiten starke, überall bestens aufgenommene Broschüre
Das Recht während des Krieges
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung, Halle,
Harz 42/44.

Siegreich brennende **Kriegs-Zigarren** in **Feldpostbriefen** (fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei) empfiehlt in bekannter Güte
J. Sanow
Nachf. (H. Spengler),
Geiststrasse 5. †

Gebr. Treibriemenleder,
große Vorräte in verschiedenen Sorten, sowie **neue Lederabfälle** verkauft äußerst preiswert *869
J. Sternlicht, Alter Markt 11, Hof links.

Waschgefäße, dauerhaft billigst.
*49 **Zander,** Gr. Klausstraße 12.
Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Familien-Nachrichten.

Arb.-Radfahrer-Bund Solidarität Ortsgruppe Holzweissig.

Den Heldentod fürs Vaterland starben in Feindesland die beiden braven Sportgenossen *881

Gustav Bär

und

Alfred Crosstka.

Wir haben in ihnen zwei brave Mitglieder verloren.

Wir wollen sie in ehrendem Andenken behalten!

Der Vorstand.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis meines lieben, unvergeßlichen Mannes, unseres guten Vaters, des Maurers

Edmund Sachse

sagen hiermit allen vielen Dank. *877

Roßbach, d. 5. Sept. 1915.

Witwe Emma Sachse
geb. Weber,
nebst Kindern.

Stadt-Theater Halle
Direktion: **Leopold Sachse.**
Fernruf 1181.
Mittwoch den 8. Sept. 1915
8. Vorstellung.
Mittwoch-Stammkarten gültig.
Nora
oder
Ein Puppenheim.
Schauspiel in 3 Aufzügen
2343 von Henrik Ibsen.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Anfang 7½ Uhr.
Ende 10 Uhr.
Donnerstag den 9. Sept. 1915
9. Vorstellung.
Donnerstags-Stammkarten gültig.
Eröffnung der Opernspielzeit:
Der Evangelimann.
Musikalisches Schauspiel in 2 Aufzügen.

Kartons
zu
:: Feldpost-Paketen, ::
in verschiedenen Größen, sind zu haben in der
Volksbuchhandlung,
Harz 42/44.

1829 Zahle für
alte wollene Strumpfabfälle
Kilo 140 Pfg.,
für **Lumpen und Metalle**
anerkannt höchste Preise.
W. Theuring, Kl. Ulrichstr. 5.

Nachdem uns die Hoffnung auf Wiederkehr genommen ist, teilen wir allen, die ihn gekannt haben mit, daß unser lieber Sohn, Bruder, Onkel und Bräutigam, der Ersatz-Reservist

Emil Kahnt,

im Inf.-Rgt. 92, am 26. August bei Bau de Sap, durch Granatschuß, im Alter von 25 Jahren gefallen ist.

Er war uns stets ein braver, folgsamer Sohn und seinen Geschwistern ein treuer, lieber Bruder.

In tiefer Trauer sagen allen für die herzliche Teilnahme an unserem Schmerz ihren aufrichtigsten Dank

Hermann und **Emma Kahnt,** zwei im Felde stehende Brüder und fünf Geschwister, **Helene Näser** als Braut.

Halle a. d. S., 7. September 1915.

Zur Ferne schweift umflort der Blick,
Fast bricht es uns das Herz;
Du läßt uns hier allein zurück,
In unserem bitteren Schmerz;
Und niemals kehrst Du wieder,
Drum, ruhe sanft in kalter Erde!

2338

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219150907-15/fragment/page=0004

Halle, 7. September

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 209 — 1915.

Diethelm von Buchenberg.

1] Erzählung von Berthold Auerbach.

Vorbemerkung der Redaktion: Der württembergische Schriftsteller Berthold Auerbach ist vielen als Verfasser zahlreicher Schwarzwälder Dorfgeschichten bekannt geworden. Auf diesem Gebiet, auf das er erst nach mannigfachen andern literarischen Arbeiten kam — Romanen und unbedeutenden Versuchen im Drama —, lag seine eigentliche schriftstellerische Begabung; hier erntete er auch seine größten Erfolge. Zu dem Besten, was Auerbach an Schilderungen von dem Leben und den Menschen seiner engeren Heimat verfaßt hat, gehört unstreitig die Geschichte des Diethelm von Buchenberg. — Diethelm von Buchenberg, ein Bauer und Schafhändler, treiben Großmannssucht und Habgier auf die schiefe Ebene und auf die Bahn des Verbrechens. Mit großer Treffsicherheit, kraftvoll und erschütternd ist die seelische Entwicklung dieses Mannes zum Brandstifter und Mörder geschildert, und so ein höchst fesselndes und scharfes Charaktergemälde von klarer Anschaulichkeit entstanden, das zweifellos auch bei den Lesern des Volksblattes starkem Interesse begegnen dürfte.

•

Erstes Kapitel.

In dem freundlichen Städtchen G. war lebhaftes Marktgewühl, und mitten durch das auf und ab wogende Menschengedränge bewegte sich, von zwei fetten, tief eingekreuzten Rappen gezogen, ein Bernerwäglei, auf dessen niedergelassener Halbkutsche ein breitschulteriger Mann saß. Der breitkrempige, schwarze Hut mit handhoher Silberschnalle im Samtbande, der kragenlose, einreihige, schwarze Samtrock mit den nahe zusammengerückten, flachen, silbernen Knöpfen, die rote Scharlachweste mit den kugelförmig silbernen Knöpfen zeigten den reichen oberländischen Bauer. Er hielt mit beiden Händen die Pferde straff im Zügel, die Peitsche stat neben ihm, und er rief nur manchmal den zögernd Ausweichenden ein Aufg'schaut! oder einfach Hoho! zu. Die Pferde trugen die Köpfe mit dem messingbeschlagenen Riemenzeug so stolz, als wüßten sie, welch ein Aufsehen sie erregten. Neben dem Manne saß ein junges Mädchen, ebenfalls in oberländischer Tracht, die sich aber mehr im Schnitt als im Stoff zeigte; denn der braune Spenzer und die schwarze Schürze waren von Seide, nur die Haube war noch in der landesüblichen Weise, und aus den schwarzen, am Kinn geknüpften Bändern sah ein blasses, längliches Gesicht mit dunklen Augen.

Die Leute im Gedränge gafften alle nach dem Gefährte und dessen überaus stattlichen Insassen. Manche vergaßen darüber, auszuweichen, und mußten von Nachbarn angerufen werden, und bald da, bald dort gab es ein heftigeres Gedränge, aber die Rappen standen jedesmal auf einen Pfiff ihres Herrn still. Oftmals auch grüßte dieser einen Bekannten und rief ihm zu: „Weißt schon, im Hirsch." In dem Marktgewühl stachen besonders die Schäfer hervor in ihren weißen, rotausgeschlagenen und mit roten Einnähten versehenen Zwilchröcken, auf denen noch, über die rechte Schulter gelegt, scharfpenartig der lederne Gurt mit glänzenden Messingringen prangte; ihre Hunde liefen hart neben ihnen, denn sie hatten sie an die vielgelenkige Kette angekoppelt. Ueber das bartlose, runde Antlitz des Fahrenden zuckte oft ein Lächeln, denn er hörte die Staunenden am Wege fragen: „Wer ist das?" worauf die Antwortenden immer ihre Verwunderung ausdrückten, daß man den nicht kenne. „Das ist ja der Diethelm von Buchenberg," hieß es dann, „der hat mehr Kronentaler, als die zwei Gäu' ziehen können," und ein anderer sagte wieder: „Ich wollt', du und ich, wir hätten das miteinander im Vermögen, was der heut für Woll' und Schafe einnimmt." — „Wenn der Diethelm da ist, geht der Markt erst an," sagte ein dritter. Die Engländer waren alle auf ihn," rief ein vierter. Ein Mann, der mit mehreren andern eine gute Strecke neben dem Wagen herging, berichtete: „Ich bin von Letzweiler, und der Diethelm ist auch von da gebürtig. Er hat einen grausam mächtigen Familienanhang. Vor zwanzig Jahren sind das lauter Krattenmacher (Korbmacher) und Bettelleut' gewesen, und der Diethelm hat sie hingestellt, daß sie kapitalfest sind. Ja, ja, so ein Mann in der Freundschaft, und sie ist glücklich."

Der Fahrende stieß, manchmal die neben ihm Sitzende an, daß sie auch hinhorche auf das, was man sage. Die üble Nachrede im eigentlichsten Sinn des Wortes schien der Fahrende nicht zu vernehmen, denn es gab auch manche, die über die Ungebühr schimpften, mit Roß und Wagen mitten durch das Menschengedräng' zu fahren; andre machten darob Witze, und einige gehobene Heldenseelen flüchten hinter dem Wagen drein und schalten auf die Polizei, die so etwas dulde. Ein Bretzelverkäufer, der seinen Kram auf einem langen Stock aufgereiht trug, sagte geradezu: es sei nichts schlimmer, als wenn der Bauer auf den Gaul käme, der mache es ärger als die Herren.

Der Vielberufene fuhr aber strahlenden Antlitzes wie ein Triumphierender dahin, und endlich war man beim Wirtshaus zum Hirsch, das eine ganze Wagenburg umstellte, angelangt. Eine mächtige Glocke erschallte im Haustflur, die Frau Hirschwirtin oder, wie sie lieber genannt war, die Frau Vorsmeiterin, erschien selber, reichte Diethelm die Hand, hieß die „Jungfer Tochter", die als schlanke, biegsame Gestalt auf dem Wagen stand, willkommen, half ihr absteigen und nahm ihr eine bunt gestickte Reisetasche ab. Der Hausknecht, der heute seinen großen Tag hatte, war doch bei der Hand, und während er die Auf-Tag hatte, war doch bei der Hand, und während er die Auf-haltestelle der Pferde löste, half ihm ein Schäfer dieselben ausstränzen.

„Ist alles in Ordnung, Medard?" fragte Diethelm den Schäfer, indem er sich neben die Pferde stellte; der Schäfer nahte, eilte dem Mädchen nach und raunte ihm schnell zu: „Mein Munde (Raimund) ist auf Urlaub auch hier."

Das Mädchen errötete und antwortete nichts, es band sich die Haube fester, indem es in das Wirtshaus trat.

Der Schäfer Medard eilte zu seinem Herrn zurück und sagte, daß er schon beim Einfahren von einem Händler darum angehalten worden sei, wie teuer er verkaufe.

„Wie ich dir gesagt habe," erwiderte Diethelm ruhig, „siebzehn Gulden das Paar und keinen roten Heller weniger. Sag nur, dein Herr sei der Diethelm, und der laßt nicht mit sich handeln. Wir nehmen unser Vieh wieder heim, es ist mir so lieb wie bar Geld."

Der Schäfer nickte, in seinem geröteten Antlitze, das von einem langen, zottigen Backenbarte eingefaßt war, zuckte es; er ging davon, wobei man ein Hinken am rechten Fuße bemerkte.

Diethelm streichelte die Rappen und lobte sie, daß ihnen trotz des scharfen Fahrens kein Haar krumm geworden sei; er ließ sie deshalb nicht sogleich nach dem Stall bringen, sondern hielt sie noch auf, bis sich immer mehr Bekannte sammelten, die sein „Baronenfuhrwerk" lobten und teils geradezu, teils auf Umwegen seinen Reichtum hervorhoben. Diethelm hielt die Hand auf den Sattelgaul gelegt, er war um Stehen kleiner, als er auf dem Wagen erschienen war, er maß kaum etwas mehr als sechzehn Faust, wie die Rappen, und war auch so wohlgenährt und breit wie sie. Er vernahm nun, wie das immer geht, von schlechten Marktaussichten, das Ausgebot sei groß und die Nachfrage gering, da Händler und Fabrikanten den Preis sehr drückten und überhaupt bar Geld sehr knapp sei, weil alles auf Zeit kaufen wolle.

„Dann verkauf' ich gar nicht und kauf' selber," erwiderte Diethelm und schlug sich dabei auf den Bauch, um den er eine umfangreiche, leere Geldgurte geschnallt hatte. Mehrere boten ihm nun sogleich Wolle und Schafe an, aber er lehnte für jetzt noch ab, und als man ihn aufforderte, mit in die Stube zu gehen, schien er sich schwer von seinem Gefährt zu trennen, und aus seinen Mienen sprach nur halb der ihn bewegende Gedanke: „So wie man geht und steht, herumlaufen, das hat kein Ansehen, da ist man wie jeder Hergelaufene; ich wollt', ich könnt' mit meinen Rappen und meinem Kutsche in den Stuben herumfahren, da zeigt sich doch auch gleich, wer man ist." Es war ein seltsames Lächeln, mit dem endlich Diethelm die Rappen in den Stall schickte. Die stattliche Rotte, die ihn umgab, konnte er mit Fug als sein Geleit betrachten, und waren auch verkommene Leute darunter, ehemalige Schafhalter, die jetzt als Unterhändler dienten, Schmarotzer, deren ganzes Marktgeschäft im Erhaschen eines Freitrunks bestand; bah! große Männer haben immer auch solche in ihrem Geleite, und Diethelm schritt an der Spitze seines Trosses breitspurig einher.

Der Reppenberger, ein hagerer Bauer im zertragenen, blauen Kittel, mit einem schmutzigen Wochenbarte auf dem listigen Gesicht, war ehemals selbst wohlhabend gewesen, hatte sich im Schafhandel „verspekuliert" und war jetzt der gewandteste Unterhändler. Dieser wollte sich an die Seite Diethelms drängen; er bot ihm eine Prise aus seiner großen, birkenrindenen Dose und wollte ihm allerlei mitteilen, aber Diethelm vertröstete ihn mit herrischer Miene auf später und zog den Schultheiß von Rettinghausen, einen mehr ebenbürtigen Genossen an sich, und so trat er in die Wirtsstube, wo jetzt im halben Morgen schon voller Mittag gehalten wurde; denn an langer Tafel und an Seitentischen saßen Männer und Frauen und erlabten sich an Sauerkraut und Speck und gedeihlichem Unterländer Wein; und was sie nicht aufspeisten, wickelten sie in ein danebengelegtes Papier und steckten es zu sich. Da und dort war auch der Tisch zu einer Rechentafel geworden, und mit Kreide wurde der Erlös zusammengerechnet, denn es war schon mehreres verkauft. Mancher vollgestopfte Mund nickte Diethelm zu, und manche Hand legte die Gabel weg und streckte sie ihm entgegen.

„Je später der Markt, je schöner die Leut'" rief ein Weißkopf Diethelm zu.

„Kommst spät."

„Bist alleine, oder hast die Frau bei dir?"

„Ist das zimpfere Mädle dein' Fränzi?"

(Fortsetzung folgt.)

Im russischen Dorfe.

Ein für die Zustände in Rußland höchst bezeichnendes Stimmungsbild veröffentlicht J. Okunew im Petersburger Rjetsch:

Der Hauswirt, bei dem ich einige Tage wohnte, war der Dorfadvokat. Bis zum Kriege machte er unorthographische Schriftsätze, und jetzt sitzt er bis an den Hals in Arbeit. Von morgens bis in den späten Abend hinein drängt sich das Volk zu ihm. Er dreht sich bald nach rechts, bald nach links und schreit die Leute an.

„Was kriechst du denn bis an den Scheibitsch heran, weißt du denn nicht, daß die Reihenfolge innezuhalten ist?"

„Gewiß, Leonty Petrowitsch, aber ich habe keine Zeit, zu Hause sind die kleinen Kinder allein. Höre mich, bitte . . ."

„Ich kann nicht, jeder nach der Reihe!"

Und der schäbige Schreibtisch wird immer dichter belagert, während der Hausherr mit aufgeknöpftem Rock und Hemd dasitzt und mit der linken Hand die Münzen von jedem entgegennimmt und sie in eine Holzschale tut, die auf einem Bocke neben ihm steht. Unter denselben werden von den Klienten auch Naturalien hingelegt, wie Eier, Schinken und Butter für die Ratschläge und Auskünfte, die sich immer darum drehen, ob „Mitjka schon in diesem Jahre mitgehen muß oder erst im nächsten". Den ganzen Tag höre ich Fragen wie folgende:

„Wanjka ist doch meiner Ansicht nach erst sechzehn, wie kommt es, daß er einberufen wird. Kannst du nicht, Väterchen, seine Jahre richtigstellen?"

Wer 20 Kopeken bezahlt, dem setzt der Dorfadvokat auseinander, welche Vorteile er noch wahrzunehmen hat, ehe der Sohn wirklich ausziehen braucht. Er ist selbst sehr stolz auf sein vielseitiges Wissen und Können, obgleich er kaum mit dem Lesen und Schreiben fertig zu werden vermag. Zu mir sich wendend, sagt er plötzlich: „In welchem Bande das alles steht, das weiß ich nicht, aber die Praxis, die Erfahrung, das ist auch eine Gabe!" Den Kopf stolz zurückwerfend, sammelt er fortgesetzt das Honorar ein und wirft mit Ausdrücken herum, wie „Endgültige Entscheidung", „Laut Senatsbeschluß von 1881" usw.

„Leonty Petrowitsch, solch einen Senatsbeschluß gibt es ja gar nicht!" bemerke ich kleinlaut. Er fängt vor Verlegenheit an, die Katze zu beschimpfen und bittet mich lächelnd: „Erzählen Sie uns etwas Neues aus der Hauptstadt!"

„Warum wendet Ihr Euch nicht an einen zuverlässigen Menschen mit Euren Fragen?" fragte ich hinterdrein die Leute, und erhielt die Antwort: „Sehen Sie, Barin, in dem Papier liegt jetzt die Kraft, und wir können es ja nicht lesen! Gibt man dem Petrowitsch einen blauen Lappen, so kann er es so herumdrehen, daß mein Sohn eigentlich noch gar nicht zu dienen braucht. Er hat dicke Bücher, und da schlägt er nach und beweist, daß es so stimmt. Aber Chariton, der ihm einen Haufen Geld gegeben hat, ist dennoch bös hereingefallen, denn eines Tages kommt zu ihm der Gendarm und sagt: „Komm mir ins Gericht, du bist angeklagt, den Sohn von der Militärpflicht abgehalten zu haben!"

„Kommt denn nicht einmal jemand aus der Stadt hierher, der Euch aufklären kann?"

„Wir sind einfache Leute und wissen von nichts. Fahren wir zur Stadt, so müssen wir dort rasch unsre Geschäfte erledigen, denn zu Hause fehlen die Arbeitskräfte, und man muß alles selbst machen. Wer von den Gebildeten herauskommt, gibt sich doch mit uns nicht ab, und so ist man dumm wie das liebe Vieh und weiß nicht ein und aus in dieser schweren Zeit. Ja, wenn wir so einen rechten Menschen hätten!"

Des Abends hüllte sich wiederum das Zimmer des Leonty Petrowitsch mit Männern, Frauen und Kindern. Sie kamen alle „die Zeitung hören". In einem Winkel ließ sich erst ein Streit vernehmen: „Grischka, du hast nichts bezahlt." — „Doch, ich hab bezahlt." — „Du lügst, du willst alles umsonst hören, und wir haben bezahlt." — „Fünf Kopeken her, sonst wirst du hinausgeworfen!" ruft der Hausherr in den Winkel hinein, dreht sich dann um, rückt dem Samowar näher und beginnt mit Gefühl und Nachdruck eine alte zerknitterte Zeitung zu lesen. Vor ihm türmte sich ein Haufen Kupfermünzen auf, die für „das Lesen" eingesammelt waren.

Die Anwesenden hörten etwas „vom Generalstab", von der „Räumung Lemberges", von all den Voraussetzungen, die der Leser darankniipft, und sie seufzten und stöhnten. Aber in den Augen aller war nicht nur eine gespannte Aufmerksamkeit zu sehen, sondern ein Schmerz, der die Seele erschütterte, ein verhaltenes Leiden, dem kein Ausdruck verliehen werden konnte. „Ach, wenn unser Sonja nur lebendig wiederkäme!" seufzt jemand kummervoll auf. „Und meinst du, ich hab keinen Sohn dort; Rußland leidet, und er denkt an seinen Sohn. Lies weiter, Petrowitsch!"

Ich saß auf einer kleinen Bank neben der Tür. Unwillkürlich redeten die Leute mich an, als sie in später Stunde auseinandergingen. „Ist der Deutsche stark?" — „Sagen Sie bitte, ist das alles wahr, was Petrowitsch uns alles erklärt?" — „So ungefähr." — „Dann kommt wohl eine neue Mobilmachung, und man muß Stiefel einkaufen. Das tun wir nämlich jetzt alle zusammen, damit es billiger ist."

Schüchtern nähete sich mir ein Bauer und flüsterte: „Möchten Sie nicht hierbleiben? Sie bekommen gut bezahlt." — „Wofür?" „Sehen Sie, wir brauchen einen Menschen, der den Bauer aufklärt, weiß er doch kaum, wer uns Freund, wer uns Feind ist! Man kann aus der Haut fahren vor lauter Dummheit. Und Petrowitsch sagt, wie es ihm paßt. Bald heißt es: die Juden haben schuld, bald wieder: wir sind alle „Brüder". Wir armen Blinden tappen im dunkeln, und die Zeit ist ja so fürchterlich! Ueberlegen Sie sich's. Soviel wir irgend können, wollen wir bezahlen. Unsre Kinder sterben für das Vaterland, und wir wissen nicht einmal, wie groß es ist, wie weites reicht. Petrowitsch schwatzt davon, daß die deutsche Erde unsere zwei Gouvernements sein werden, aber die Deutschen haben ja so viel Kraft, wir glauben's nicht! Der Krieg ist da, und wir können nicht einmal die Zeitung lesen und unsern Söhnen einen Brief schreiben. Es ist ein Elend, bis vor kurzem dachten wir, hier ist das Dorf Solotoje, dort Saratow, dann kommt Moskau, Petersburg, und dann hat die Welt ein Ende. Wir brauchen eben einen Menschen, o Gott, wie nötig brauchen wir ihn!" —

Kleines Feuilleton.

Brody und Tarnopol.

Brody ist mit seinen etwa 20 000 Einwohnern nicht nur eine wichtige Grenzhandelsstadt, es gilt auch für die merkwürdigste Stadt Galiziens. Seinen eigenartigen Charakter erhält der Ort vor allem durch die jüdische Bevölkerung, die man mit 15 000 nicht zu gering einschätzt. Die Juden haben der Stadt den Spitznamen „Deutsch-Jerusalem" eingetragen. Der galizische Jude im Kaftan, dem langen talarartigen Nationalkostüm, mit den gekräuselten Locken, die bei den galizischen Juden eine charakteristische Umrahmung der Schläfen bilden, beherrscht völlig das Straßenbild der handelstüchtigen Stadt. Die Groß- und Kleinhandlungen liegen fast ausschließlich in den Händen der Juden. Sie betreiben Geschäfte in Getreide, Pelzwerk, Wolle und Baumwolle; sie handeln mit Sennen, mit Leder, Juwelen und Perlen, mit Borsten und Federn, und Brody bildete bis zum Ausbruche des Krieges den großen Tauschplatz zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland. Weiter über die Grenzen hinaus bekannt sind die Messen, die alljährlich hier abgehalten wurden. Immerhin hat die Bedeutung Brodys als Handelsstadt wesentlich abgenommen, seitdem die im Jahre 1779 erteilten Rechte als Freihandelsstadt in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts aufgehoben wurden. Brody wurde im Jahre 1584 von dem Wojwoden Stanislaus Zolkiewski gegründet und hundert Jahre später zur Stadt erhoben. Die Stadt, Sitz einer Bezirkshauptmannschaft, liegt inmitten einer waldumgrenzten sumpfigen Ebene und hat fünf Vorstädte. Breite, freundliche Straßen ziehen sich durch die Stadt, die mehrere Marktplätze aufweist, wie den Ring- oder Altmarkt, den Schloß- und Neumarkt. Nach hervorragenden Bauwerken darf man freilich in dieser galizischen Handelsstadt nicht fahnden. Höchstens hebt sich der ansehnliche Bau der Synagoge aus den meist mit Blech eingedeckten Häuserreihen ab, und ein altertümliches Schloß weist auf die allerdings wenig bedeutungsvolle geschichtliche Vergangenheit Brodys hin.

Für den Handel nicht minder wichtig als Brody ist die Stadt Tarnopol. Die an sich wenig interessante Stadt, die reichlich 30 000 Einwohner zählt, liegt an einem durch den Seretfluß gebildeten, 215 Hektar großen Teiche, in dessen Wasser sich ein altes Schloß spiegelt. In Tarnopol häuft sich der ganze Getreiderichtum der Umgegend an. Wachs- und Honigfieberei bilden einen großen Ernährungszweig der Bevölkerung; vor allem aber hat die Stadt Tarnopol ihre Bedeutung für den Handel mit den kleinen, galizischen Pferden. Als Festung hat Tarnopol in früheren Zeiten den polnischen Königen gegen die Tataren große Dienste geleistet.

Der „Rich"-Unfug.

Professor Holländer schreibt in der Voss. Ztg.: Ich möchte auf einen Sprachunfug aufmerksam machen, der sich bei uns, und zwar — so leid es mir tut, ich muß es sagen — besonders bei dem Geschlecht festgesetzt hat, das früher einmal das schwächere hieß —, einen Unfug, der humorvolle Menschen freilich belustigen kann, jedem anderen aber auf die Nerven fallen muß; ich meine die gewohnheitsmäßige, unnachahmlich gedankenlose und sinnwidrige Einschiebung eines oder auch mehrerer „Rich" in jeden beliebigen Satz. Im Dialog hat das „Rich" (nämlich „nicht wahr"?) doch nur dann seine Stelle, wenn damit der eine die Zustimmung des anderen verlangt oder voraussetzt. Die von der Nichtkrankheit Befallenen kehren sich aber durchaus nicht daran. Kürzlich notierte ich mir ein paar rasch aufgefangene Proben, hier sind sie: Er: Kann ich Ihnen Mann sprechen? Sie: Der liegt in Galizien im Schützengraben, nich? — Er: Ich bin hier fremd; wie komme ich nach dem Opernhaus? Sie: Mit der Linie 33, nich? — Er: Sie sind doch in Berlin geboren? Sie: Ich bin Mexikanerin, nich? — Er: Der Schlips gefällt mir nicht. Sie: Er ist aber doch das neueste, nich? — Ich bin überzeugt, daß jeder und jede in jeder Stunde und in jeder Unterhaltung solche Nichs erleben kann, und frage: Gibt es kein Mittel, diese zwar körperlich nicht gefährliche, aber in jedem Gespräch auffallend störende Nichsucht, die auch die Kreise der Gebildeten ergriffen hat, auszurotten?

Herbstgefühl.

Grünen, Blühen, Duften, Glänzen,
Reichstes Leben ohne Grenzen
Alles steigernd, nirgends stockend,
Selbst die kühnsten Wünsche lockend:

Ja, da kann ich wohl zerfließen,
Aber nimmermehr genießen;
Solche Flügel tragen weiter
Als zur nächsten Kirschbaumleiter.

Doch wenn rot die Blätter fallen,
Kühl die Nebelhauche wallen,
Leis durchschauernd nicht erfrischend,
In den warmen Wind sich mischend:

Dann vom Endlos-Ungeheuren
Flicht' ich gern zum Menschlich-Teuren,
Und in einer ersten Traube
Steht die Frucht der Welt mein Glaube.

Fr. Hebbel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191509 07-15/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 7. September 1915.

Erhöhung der Kriegerfamilienunterstützung.

Vor zwei Wochen hat eine sehr stark besuchte Frauenversammlung hier die Forderung auf schnellste Erhöhung der Kriegerfamilienunterstützung durch die Stadt Halle und die Saalkreisgemeinden erhoben. Geschehen ist von den verantwortlichen Stellen bisher jedoch nichts. Es war aber die höchste Zeit, daß hier wenigstens die Beteiligten diese dringende Forderung erhoben, denn im nahen Leipzig haben sogar Rat und Stadtverordnete die dort weit höheren Unterstützungen als zu niedrig anerkannt und wollen sie demgemäß jetzt weiter erhöhen. Es herrscht eben auf dem Lebensmittelmarkt eine Preistreiberei ein, die nicht nur die Kriegerfamilien, sondern sonst noch weitere Volksschichten zu den größten Einschränkungen zwang; naturgemäß hatten freilich die Kriegerfamilien und Arbeitslosen am schwersten unter diesen Preissteigerungen zu leiden. Dieser Auffassung gibt der Leipziger Rat in seiner Vorlage an die Stadtverordneten mit folgenden Worten Ausdruck:

„Im Verlaufe der nun verflossenen 18 Monate hat sich nun freilich ergeben, daß die von uns festgestellten Unterstützungssätze in vielen Fällen nicht mehr ausreichen, um außer dem notwendigen Lebensunterhalte auch noch die andern Bedürfnisse, insbesondere die Wohnung zu bestreiten. In welchem Maße die Preise der wichtigsten, unentbehrlichen Lebensmittel gestiegen sind, ist genugsam bekannt. In allen an die Kriegsnotspende gerichteten Gesuchen kehrt immer die Klage wieder, daß die Teuerung des Lebensunterhalts so groß sei, daß es unmöglich sei, ohne weitere Unterstützung durchzukommen."

Die Wirkung des Lebensmittelwuchers ist aber überall gleich. In zahlreichen Orten wurden die Unterstützungssätze auch schon erhöht. In Dresden z. B., wo der Lieferungsverband seine Kriegsteilnehmer-Familien mit dem Doppelten der Mindestsätze unterstützt, hat die von der Stadtgemeinde bisher mit 2 Millionen unterstützte Kriegsorganisation, die den Familien neben der Unterstützung des Lieferungsverbandes noch Nahrungsmittel und Mietbeihilfen gibt, den Mindestbedarf (nach dem sie ihre Unterstützungen bemißt) einer Frau von 50 Pf. täglich auf 70 Pf. und jetzt 1 Mk., den eines Kindes von 20 Pf. auf 30 Pf. und dann auf 50 Pf. täglich erhöht und gewährt den Familien auch noch reichliche Mietbeihilfen.

Die Stadtgemeinde Chemnitz gewährt sogar noch höhere Unterstützungen, nämlich für einen Erwachsenen 5 Mk. wöchentlich, für das 1. bis 4. Kind je 2,50 Mk. wöchentlich, jedes weitere Kind 1 Mk. wöchentlich, als Zuschuß zur Wohnungsmiete den tatsächlich an den Hauswirt zu zahlenden Mietzins bis zum Höchstbetrage von 25 Mk. monatlich. Außerdem noch für die Frau eine monatliche Sonderzulage von 3 Mk. Endlich können einer alleinstehenden Frau oder einer Frau mit nur einem Kinde, die außer der Kriegsunterstützung kein weiteres Einkommen haben, 2 Mk. als Teuerungszulage bewilligt werden. Bei Anwendung dieser Sätze ergibt sich für eine aus Mutter und 4 Kindern bestehende Familie eine Unterstützung von 21,44 Mk. für die Mutter, 42,88 Mk. für 4 Kinder, 25 Mk. für Miete, 3 Mk. Sonderzulage für die Frau, zusammen 92,32 Mk.

In Bremen beträgt die Unterstützung bei Frau und vier Kindern zusammen 85 Mk. monatlich, in Charlottenburg bei einer Frau, vier Kindern und mit Mietzuschuß bis 92 Mk. Dies sind nur einige Beispiele höherer Unterstützungssätze.

Der Leipziger Rat hat nun beschlossen: die Unterstützungen der Kriegsteilnehmer werden vom 1. Oktober an **je um 20 v. H. erhöht.**

Wir meinen nun, was im nahen Leipzig nötig war, ist in Halle mit gleich hohen Lebensmittelpreisen und niedrigeren Unterstützungen erst recht notwendig.

Rasche Hilfe tut dringend not!

Die Kartoffelspekulanten am Werk!

Montag nachmittag hielt der Syndikus Wilms vom Verband der deutschen Kartoffel-Interessenten vor einem geladenen Publikum einen Vortrag über das Thema: Erfahrungen über die Versorgung von Städten mit Kartoffeln. Der Vortragende sagte, daß keine Frage das Reich so unangenehm beschäftigt habe, wie die Versorgung der Städte mit Speisekartoffeln. Viele und große Fehler seien gemacht. Andere zweckmäßigere Maßnahmen zugunsten des Handels und der Konsumenten seien deshalb vorzubereiten. Den Städten ist zu Unrecht der Vorwurf schuld an den hohen Preisen zu sein gemacht worden. Die Schuld treffe in erster Linie die Regierung, die ihrer Aufgabe in keiner Weise gewachsen war. Kartoffeln lassen sich nicht behandeln wie Reis, Kaffee oder Getreide. Der Redner erörterte dann die oft genug gerügten Regierungsmaßnahmen, Bestandsaufnahme zur unrichtigen Zeit, zu niedrige Höchstpreise, ungleiche, nicht ortsübliche Verteilung der Sorten, fehlerhaftes Eingreifen der Statistiker durch falsche Berechnungen, und schließlich die Ankäufe von Kartoffeln und deren mangelhafte fachmännische Behandlung durch die Städte. Hätte man sich vertrauensvoll an den Verband gewendet, hätte man mit keinen so hohen Verlusten zu rechnen gehabt. An der Hand einiger Beispiele versucht der Redner dieses zu beweisen. Zum Beispiel habe Schöneberg bei Berlin mit dem Verband gearbeitet und dadurch genügend Kartoffeln, keine zu hohen Preise und wenig Einbuße gehabt. In Anerkennung dessen sei diese Stadt Mitglied des Verbandes geworden. Durch die Städte, die den Handel an sich gerissen, haben die Händler schwere Verluste gehabt. Geschlossene Verträge waren zu erfüllen, und um die Ware los zu werden, mußten die Verkaufspreise bedeutend ermäßigt werden. Das muß in der Zukunft anders werden. Dann kam der Redner auf die Dehnbarkeit der Wucherverordnung zu sprechen. Er versuchte nachzuweisen, daß hohe Verkaufspreise teilweise volle Berechtigung haben. Die Preisbildung fängt beim Produzenten an, sie endigt beim Kleinhändler. Da zeitgemäß jeder durch den Kriegszustand mit erhöhten Kosten zu rechnen hat, bilden sich ganz von selbst die erhöhten Preise, ohne dabei wucherisch zu sein. Leider habe die diesjährige außerordentlich gute Ernte durch die vielen Niederschläge der letzten Zeit gelitten, deshalb ist bei Einkäufen die größte Vorsicht zu beobachten. Die Produzenten werden versuchen, die wenig haltbaren Sorten an den Mann zu bringen, dabei verdienen sie mehr, als wenn diese Kartoffeln zu Brennzwecken verwendet werden.

Nach diesen Ausführungen wurden mit Spannung die Ratschläge zur Verhütung von Mißständen erwartet und man war sehr enttäuscht, als nur die Bildung einer Ueberwachungskommission, bestehend aus Vertretern des Magistrats, der Händler und der Konsumenten als alleinseligmachender Vorschlag gebracht wurde. Trotz der herben Kritik empfahl der Redner den Stadtverwaltungen, auch in diesem Jahre Kartoffelvorräte sicherzustellen, die mindestens für acht Wochen, die Zeit der alle Jahre wiederkehrenden Knappheit im Dezember und Februar, reichen müßten. Die einzusetzende Kommission habe darauf zu achten, daß die richtigen Sorten zu mäßigen Preisen in gute Keller gelagert werden. Die Eindeckung der Wintervorräte zu billigen Preisen in haltbarer Ware müsse geschehen, ohne den Händlern dabei Konkurrenz zu machen. Der Redner schloß mit der Aufforderung, in Zukunft vertrauensvoll die Ratschläge des Verbandes in Anspruch zu nehmen.

In der Besprechung weist der anwesende Magistratsdezernent, Stadtrat Hertel, die Anwürfe als ungehörige Kritik zurück und bezeichnet den Redner, — was er auch in Wirklichkeit ist — als den Wanderredner der Kartoffelhändler, deren Interessen er hier vertreten habe.

Recht auffällig war uns vor allem, daß der Redner mit keinem Worte die wirklich Schuldigen seiner Kritik unterzog. Er nahm sogar die Landwirte in Schutz, die unrichtige Angaben bei der ersten Bestandsaufnahme gemacht haben sollen. Aber wenn dieser eifrige Vertreter der Landwirte und Großhändler sogar schon zugibt, daß die Städte für einige Monate unbedingt die Selbstversorgung ihrer Bevölkerung in die Hand nehmen müssen, so erkennt man daraus die völlige Richtigkeit unserer Behauptung, daß die Privatwirtschaft versagt hat und nur der Eigenverkauf durch die Gemeinden wirklich helfen kann!

Krankenkassenbeamter und Oberbürgermeister.

Die rechtliche Stellung der Krankenkassenangestellten wurde in einer großen Angestelltenversammlung in Berlin erörtert. Dabei fand Mitteilungen über das Eingreifen des hiesigen Oberbürgermeisters in die Tätigkeit eines Kassenbeamten gemacht, die weniger der Sache, um so mehr aber der Form wegen größte Verwunderung erregen müssen. In dem Berichte des Vorwärts heißt es darüber:

„In der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Halle sind für die Beamten Verhältnisse entstanden, wie sie selbst die ärgsten Pessimisten nicht erwarten konnten. Dort steht die Dienstaufsicht dem Oberbürgermeister und daneben dem Kassenvorstand zu. Im Regulativ wird bestimmt, daß ein Beamter, wenn er sich verheiratet, dies der Aufsichtsstelle mitzuteilen hat unter Angabe der Personalien der Frau sowie des Wohnortes und Berufs ihrer Eltern. Der Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Halle war Mitglied eines genossenschaftlichen Revisionsverbandes und einer Genossenschaftsbank. Der Oberbürgermeister verlangte, daß der Geschäftsführer diese Nebenbeschäftigung aufgebe. Eine Beschwerde beim Minister hatte den Erfolg, daß der Minister entschied, das Verbot der Nebenbeschäftigung sei unzulässig. Es würde nur dann begründet sein, wenn durch die Ausübung einer Nebenbeschäftigung die Interessen der Krankenkasse geschädigt werden. Hierauf verfügte der Oberbürgermeister: Da der Geschäftsführer seine ganze Kraft in den Dienst der Krankenkasse zu stellen hat, so werden die Interessen der Krankenkasse durch die Nebenbeschäftigung geschädigt, deshalb wird dem Geschäftsführer die Ausübung der Nebenbeschäftigung untersagt. Kurz nach dem Erlaß dieser Verfügung reiste der Geschäftsführer für einige Stunden nach Berlin, wozu ihm der Vorsitzende der Krankenkasse Urlaub erteilt hatte. Die unmittelbare Folge davon war ein umfangreicher Schriftwechsel zwischen dem Oberbürgermeister und dem Geschäftsführer. Kategorisch und in herrischem Tone verlangte der Oberbürgermeister sofortige Auskunft über Tag, Zeit und Zweck der Reise und schloß mit der Frage: „Wer hat Ihnen Urlaub erteilt?" — Die erhaltene Auskunft genügte dem Oberbürgermeister nicht. Aufs neue und in immer schärferwerdendem Tone verlangte er weitere Auskunft, und da dieselbe zwar erteilt, aber nicht sofort eingegangen war, wiederholte er sein Verlangen mehrmals an ein und demselben Tage. Schließlich bekam der Oberbürgermeister über den Zweck der Reise die Auskunft, daß der Geschäftsführer wegen des zweiten Verbots der Nebenbeschäftigung eine Audienz beim Minister nachgesucht hatte. Zuletzt erhielt der Geschäftsführer über die Form seiner Antwort an den Oberbürgermeister von diesem einen Verweis. Auch über diese Angelegenheit hat der Geschäftsführer dem Minister eine Beschwerde eingereicht.

Unter Hinweis auf diesen Vorgang führte der Referent aus, daß die Angestellten der Krankenkassen gar keine Veranlassung haben, danach zu streben, daß sie in die Kategorie der Beamten eingereiht werden, denn ihre persönliche Freiheit wird dadurch stark eingeschränkt. Sie haben die Pflichten der Staats- und Gemeindebeamten zu erfüllen, was sich auch auf ihr außerdienstliches Verhalten erstreckt und unter den heutigen Verhältnissen bedeutet, daß eine bestimmte politische Meinung oder wenigstens die Nichtbetätigung in einer mißliebigen politischen Richtung von ihnen erwartet wird. Wenn auch die Beamten pensionsberechtigt sind, so werden doch ihre Gehälter, die sich früher mit den Kassenvorständen vereinbart haben, in vielen Fällen herabgesetzt werden, da sie in dieser Hinsicht mit bestimmten Kategorien der Gemeindebeamten gleichzustellen sind und bei den Behörden das Bestreben obwaltet, die Tätigkeit der Kassenbeamten möglichst niedrig einzuschätzen und demnächst die Gehälter festzusetzen. Eine Erhöhung der einmal festgesetzten Gehälter können die Beamten nicht erreichen, während die Angestellten die Möglichkeit haben, durch Vereinbarung mit dem Vorstand ihre Gehälter aufzubessern. — Die Vorgänge in Halle mögen vereinzelt sein. Aber sie haben sich abgespielt in der Zeit des Burgfriedens. Daran kann man ermessen, was später hier oder dort vielleicht noch eintreten wird. Die Kassenangestellten als Gesamtheit haben guten Grund, sich davor zu hüten, daß ihnen die Beamteneigenschaft beigelegt wird. Sie müssen also darauf halten, daß sie vom Vorstande nicht auf Lebenszeit und auch nicht mit Pensionsberechtigung angestellt werden. Auch alle Einrichtungen, welche als Ersatz des Ruhegehalts betrachtet werden könnten, sind zu vermeiden, denn die Regierung wird versuchen, auch solche Ersatzeinrichtungen als Voraussetzung der Beamteneigenschaft hinzustellen. Aus den angeführten Gründen empfiehlt es sich also für die Angestellten nicht, nach Erlangung der Beamteneigenschaft zu streben.

Der Vortrag fand die Zustimmung der Versammlung."

---

* **Das Jugendheim ist morgen, Mittwoch, abend** nur für Mädchen geöffnet, da an diesem Abend in jeder Woche ein Handarbeitsabend stattfindet. Es wird geplant, in einer späteren Ausstellung, möglichst zu Weihnachten, allen Interessenten die Besichtigung der Arbeiten zu ermöglichen. Der guten Sache wegen ersuchen wir die Eltern, ihre Töchter auf diese neuartigen Sonderveranstaltungen für Mädchen hinzuweisen.

* **Der städtische Gemüseverkauf** hatte gestern folgende Preise: Kartoffeln 10 Pfund 48 Pf., Weißkraut 1 Pfund 6 Pf., Rotkraut 8 Pf., Wirsingkohl 8 Pf., Spinat 8 Pf., Möhren 7 Pf., Bohnen 20 Pf., Kohlrabi 6 Pf., Zwiebeln 15 Pf., Blumenkohl 15 Pf. Außerdem fand auch das von Landleuten reichlich angebotene Obst guten Absatz. Da einige Gemüsesorten wahrscheinlich an den nächsten Verkaufstagen wieder billiger werden, ist der Einkauf an den städtischen Verkaufsständen den Frauen dringend anzuraten.

* **Bessere Verpackung der Feldpostpäckchen.** Trotz vieler Hinweise in den Tageszeitungen werden noch immer zahlreiche Waren in ungenügend verpackten Feldpostsendungen versandt. Zur jetzigen Jahreszeit gelangen häufig Marmelade und Mus in Blechdöschen mit Bügelverschluß zur Versendung. Ein Verschluß dieser Art reicht aber bei mehrmaliger Benutzung der Blechdöschen nicht aus, da die Sendungen durch häufiges Umladen großem Druck ausgesetzt sind. Vielfach löst sich der Verschluß, und der Inhalt dringt durch die Umhüllung und verdirbt noch andere Sendungen. Zuweilen werden Marmelade oder Mus in Gläsern versandt, die nur in dünnen Pappkasten verpackt sind. Derartige Sendungen gehen häufig schon bei den Sammelstellen zertrümmert ein, wo sie dann vernichtet werden müssen. Durch Nachlässigkeit beim Verpacken wird nicht nur den Postanstalten viel unnötige Arbeit verursacht, sondern der Absender schädigt sich auch selbst. Es liegt daher im eigenen Nutzen der Auflieferer, der Verpackung der Feldpostpäckchen größte Sorgfalt zuzuwenden.

* **Einschränkung des Feldpostverkehrs nach dem Osten.** Es wird amtlich mitgeteilt: Die Versendung der Feldpostpäckchen (Feldpostbriefe über 50 Gramm Gewicht) nach dem Osten hat einen solchen Umfang angenommen, daß die Feldpost bei den schwierigen Wegeverhältnissen in Rußland die ordnungsmäßige Zustellung nicht mehr leisten kann. Von einigen Dienststellen ist deshalb bereits beantragt worden, den Päckchenverkehr vollständig zu sperren. Im Interesse der Truppen liegt es, wenn die Angehörigen in der Heimat ihre Gebefreudigkeit einschränken und weniger Päckchen zur Ostfront senden. Sollte dieser wohlgemeinte Rat nicht allseitige einsichtsvolle Beachtung finden, so würde die Heeresverwaltung gezwungen sein, den Päckchenverkehr nach dem Osten vollkommen zu sperren.

Für einen Armeeteil ist die Sperre schon verordnet, denn eine weitere amtliche Mitteilung sagt: Bis auf weiteres können Privatgüter- und Paketsendungen an Heeresangehörige der zur 12. Armee (General v. Gallwitz) gehörigen Truppen nicht angenommen werden. Bei Zweifeln über die Truppenzugehörigkeit wird vorherige Anfrage bei dem nächsten Militärpaketdepot mittels der bei jeder Postanstalt erhältlichen grünen Doppelkarten empfohlen.

* **Stadttheater.** Der Evangeliman von Kienzl gehört wohl zu den meistaufgeführten deutschen Opernwerken. Seine ergreifende Tragik wird durch den behaglichen Humor der Volksszenen gemildert, die Musik ist im besten Sinne als volkstümlich zu bezeichnen. In der am Donnerstag, den 9. September, stattfindenden Erstaufführung singt Herr Kammersänger Sträß die Titelpartie, den Johannes wird Herr Kerzmann, den Justiziär Herr Fischer übernehmen. In der lustigen Partie des Zitterbart tritt Herr Adalbert Lieban, der bekannte Spieltenor der Berliner Sachse-Oper auf, während der Schnappaul von Herrn Kruthoffer dargestellt wird. Die Partien der Martha und Magdalene sind den Damen Köppen und Böhmer anvertraut worden. Musikalischer Leiter der Aufführung ist Kapellmeister Oskar Braun, Spielleiter Direktor Leopold Schafe.

* **Die Aufführung eines Wohltätigkeits-Konzerts am 21. Oktober** hat die bekannte Vereinigung der vier Männerchöre Hallische Liedertafel, Lehrergesangverein, Männerliedertafel und der Verein Sang und Klang beschlossen. Es findet in den Thaliasälen statt. Die Mitwirkung hervorragender Solisten ist gesichert. In die Leitung teilen sich die vier Liedermeister der betreffenden Vereine.

* **Das Kaiser-Panorama** (Große Ulrichstraße 4a5) stellt diese Woche eine Reise in Rußland aus. Besucht werden das eroberte Warschau, Kiew, auf das jetzt unsere verbündeten Truppen marschieren und Nishnij-Nowgorod, wohin Zeitungsnachrichten zufolge jetzt die Petersburger Kunstschätze gebracht werden. Nächste Woche: Argonnenkämpfe.

* **Gestohlen** wurden in der Nacht zum 29. August zwei blaßrote Barchentjacken; 2 Frauenröcke und zwei Schürzen aus dunkelblauem Kattun mit weißen Pünktchen (Anstaltssachen). — Am 31. August ein blauer Mädchen-Flauschmantel mit dicken blauen Knöpfen und glattem Kragen, ohne Futter, auf einem Oberärmel ein kleiner gelber Fleck. — Am 1. September eine blaue und eine rote Kinderbluse mit bunter Borde besetzt, beide mit Stulpenärmeln und Klappkragen; 3 Pfandscheine des städtischen Leihhauses Nr. 9167 und 13367 vom Jahre 1914 und Nr. 47312 vom Jahre 1915. — Am 4. September ein Herrenfahrrad, Marke „Neval", schwarzer Rahmen, nach oben gebogene Lenkstange, Torpedofreilauf.

Könnern. Entwichene Russen aufgegriffen. Schulknaben trafen in einem Dienen bei Kirchedlau drei Russen, die ihre Uniformen trugen und jedenfalls aus einem Gefangenenlager entwichen sind. Nachdem der Lehrer und andere Personen herbeigeholt waren, wurden die drei festgenommen, in Polizeigewahrsam nach Könnern gebracht, um wieder in ihr Lager überführt zu werden.

Allerlei.

Die Cholera in Petersburg.

Allerdings heißt jetzt Cholera auf Russisch. — wagen- und Darmkrankheiten. Die Petersburger Zeitungen berichten indessen täglich über eine bedrohliche Ausdehnung dieser Krankheiten. Auch finden häufig Konferenzen der Stadt- und Verwaltungsbehörden statt, die sich mit der Frage der Bekämpfung der Krankheit befassen.

Desgleichen mehren sich die Nachrichten aus der Provinz, die immer wieder von dem Siegeszug der „Magen- und Darmkrankheiten" berichten. Diese Mitteilungen in den Zeitungen sind stets mit weißen Stellen umrahmt. Daraus muß man schließen, daß die Epidemie recht unangenehme Verbreitung erhalten hat.

Die rettenden roten Hosen.

Aus Erfurt wird der Frankf. Ztg. berichtet: Ein hiesiger Bürger hatte einen Strafzettel wegen Ueberschreitung der Straßenordnung erhalten, weil er auf einer Kutschfahrt sein Rößlein hatte zu rasch laufen lassen. Er beantragte richterliche Entscheidung und brachte für seine Unschuld folgende Gründe bei: Auf der „inkriminierten" Fahrt zeigte sich das Pferd anfangs durchaus fromm und willig. Plötzlich hog jedoch um die Ecke ein kleiner Trupp französischer Kriegsgefangener und schon war's aus mit der Sanftmut der Rosinante. Sie scheute vor den vielen roten Hosenbeinen und war nicht mehr zu halten. Der Gerichtshof konnte sich dieser durchschlagenden Beweisführung nicht verschließen und sprach den Angeklagten frei. . . .

Verantwortlich für: Politik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Alles der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Geschlossen

bleiben unsere Geschäftsräume Feiertags halber

Donnerstag, den 9. September cr.

Brummer & Benjamin

Grosse Ulrichstrasse 22/24. 2235

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191509 07-15/fragment/page=0006